

Sächsische Staatszeitung

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Landesfallrentenkass., Jahresbericht und Rechnungsbilanz der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpfannen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressgesetzlichen Vertretung): Hofrat Doering in Dresden.

Nr. 26.

Sonntag, 1. Februar nachmittags

1919.

Verlagspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle, Große Annabergerstraße 16, sowie durch die deutschen Postämter 5 R. vierteljährlich, 2 R. halbjährlich, 4 R. jährlich. — Erscheint nur Sonntag. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. — Postfachkonto Nr. 26954.

Ankündigungen: Die 1-bändige Grundbesitz- oder deren Raum im Anknüpfungsteile 5/1, die 2-bändige Grundbesitz- oder deren Raum im amtlichen Teile 1 Markt, unter Pingsand 2 Markt. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 1/10 Uhr.

Amthlicher Teil.

Verordnung

Über den Geltungsbereich der Verordnung des Rates der Volkshauptkassen zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918; vom 24. Januar 1919.

In der Verordnung des Rates der Volkshauptkassen des Reichs zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1427), ist die nicht reichsrechtlich geregelte Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen nicht erwähnt. Diese Verordnung findet auf die landesrechtlich geordnete Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen nicht ohne weiteres Anwendung. Ihre Erörterung auf die ausschließlich der landesrechtlichen Regelung unterliegende Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen ist in Sachsen nicht angeordnet worden.

Die nach dem Gesetz über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen vom 18. Juli 1902 (G. u. V. S. 294) in den Geschäftsbereichen der unterzeichneten Ministerien zu betreibenden Zwangsvollstreckungen werden daher durch die Verordnung des Rates der Volkshauptkassen des Reichs zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918 keine Einschränkung. Bei den Zwangsvollstreckungen wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen gegen Kriegsteilnehmer, die sich nachweislich in einem eigenen Reichsbesitz in wirtschaftlich bedürftiger Lage befinden, ist jedoch auf die bedingte wirtschaftliche Lage nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen und mit Nachsicht zu verfahren. 1186

Dresden, am 24. Januar 1919.
Finanzministerium. Ministerium des Innern.

Ripische. Dr. Gradnauer.
Ministerium
des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
Sul.

Verordnung

Über die Verleihung des Enteignungsrechtes zur Erweiterung der Ortsgüteranlagen des Bahnhofs Zwickau vom 30. Januar 1919.

Puf Grund von § 2 des Gesetzes, die Expropriation von Grundbesitz für Erweiterung bestehender Eisenbahnen betreffend, vom 21. Juli 1855 (Ges. u. Verordnungsblatt S. 120) in Verbindung mit § 34 des Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 (Ges. u. Verordnungsblatt S. 153) verleiht das Ministerium des Innern dem Sächsischen Staat die Enteignungsrechte zu den Anlagen der Ortsgüteranlagen und Sicherung des Eisenbahnbetriebes erforderlichen Erweiterung der Ortsgüteranlagen des Bahnhofs Zwickau nach dem unten 22. und 30. Januar 1919 genehmigten Plane. 851 V.

Dresden, am 30. Januar 1919.
Ministerium des Innern. 1187

In den Amtsblättern abzubringen.

Bekanntmachung

Es wird darauf hingewiesen, daß von den feinerzeit für das Heer ausgehobenen Schültern noch eine Anzahl zum Verkauf steht, und zwar

Personen- u. Lastschlitten beim Train-Depot XIX Leipzig-Gohlis,

Personen- u. Lastschlitten beim Train-Depot XII Dresden (Gardereiter-Kaserne),

Personen-Schlitten beim Artillerie-Depot Riela.

Die Verkaufspreise sind von Sachverständigen-Kommissionen festgelegt. Kriegsanleihe wird zum Nennwert in Zahlung genommen. Mit Kaufabsicht erfolgt Übernahme durch den Käufer, der auch für den Abtransport Sorge zu tragen hat.

Unter den gleichen Bedingungen werden vom Artillerie-Depot Chemnitz (Sportplatz in Altendorf) Munitionsschlitten (mit drei Sprengeln, Deichsel, Wagen mit zwei Dreirädern; Auseinanderstellung der Rufen 0,80, resp. 1,15 m; Ladefähigkeit 2,10 + 1,15 + 0,7) verkauft, die insbesondere für Ziegeleien, Steinbrüche, Häuten usw. in Frage kommen.

Rechtsverwertungsamt 1188
Zweigstelle Dresden.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 120/1. 19 R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I. Die von den Kriegsministerien oder den Militärbehörden erlassenen, den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen Nr. 8st. — m — 593/12. 17 R. R. A., betreffend Beschlagahme und Bestandserhebung von salminiumhaltigen Stoffen treten hiermit außer Kraft, soweit sie nicht schon durch die den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen der Kriegs-Kassier-Abteilung Nr. F. R. 830/12. 18 R. R. A. vom 18. Dezember 1918 aufgehoben worden sind.

Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 7. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1919.

Kriegs-Kassier-Abteilung.
Wolffshügel.

Vorliegende Bekanntmachung der Kriegs-Kassier-Abteilung des Preussischen Kriegsministeriums wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 369 VI D 1

Dresden, den 1. Februar 1919. 1163

Ministerium für Militärwesen.
J. A. Auerbach.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 170/1. 19 R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I. Die Bekanntmachung Nr. L. 999/10. 18 R. R. A., betreffend Beschlagnahme, Höchstpreise, Welterwerb und Verkaufspflicht für Lederabfälle vom 19. Oktober 1918 tritt bis zum 31. März 1919 außer Kraft.

Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 10. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 10. Januar 1919.

Kriegs-Kassier-Abteilung.
Wolffshügel.

Vorliegende Bekanntmachung der Kriegs-Kassier-Abteilung des Preussischen Kriegsministeriums wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 370 VI D 1

Dresden, den 1. Februar 1919. 1164

Ministerium für Militärwesen.
J. A. Auerbach.

Die Intendantur der Sächsischen Kriegsgefangenen-Lager hat für die unter 0 a geführten Gemeinden Geldbeiträge als Vergütung für Leistungen nach § 3 Abs. 1 u. 2 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 in den Monaten Juli, August und September 1918 bis hierüber überwiesen.

Die Gemeinden, denen über die Höhe der Beträge besondere schriftliche Mitteilung noch zugehen wird, werden veranlaßt, gegen Rückgabe der ihnen seit erzeit zugefertigten, mit Empfangsbescheinigung zu versehenen Vergütungsanerkennnisse, die Vergütungsbeträge nebst Zinsen bei der in der Mitteilung bezeichneten Kassenstelle in Empfang zu nehmen.

Der Zinslauf hört Ende Januar 1919 auf (§ 21 Absatz 4 des Kriegsleistungsgesetzes). 40 V

Dresden, den 31. Januar 1919. 1193

Die Kreishauptmannschaft.
Kamens, Ostritz, Obersdorf, Großpörsch.

Ministerium des Innern.

Der vorstehende Rat im Ministerium des Innern (Herr Regierungsrat Dr. Frietze und der Oberverwaltungsrat Dr. Reichardt) sind zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses für den höheren Verwaltungsdienst ernannt worden.

Dem feierlichen Beisetzungsamt Regierungsveterinär-Rat Dr. Riegschmann in Kamens ist die Stelle als geschäftsführendes Mitglied der II. Abteilung des Landesgesundheitsamts übertragen worden.

Ernennungen, Versetzungen usw. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Finanzministeriums. Bei der Hochbauverwaltung. Angekündigt: der übernahm. Regierungsbauingenieur Rother beim Neubauamt I des vet.-med. Instituts Leipzig zum planmäß. Regierungsbauingenieur. — Versetzt: Bauamtmann Berger vom Neubauamt II Dresden zum Neubauamt Landhausbauamt, Bauamtmann Kibrecht vom Neubauamt des Finanzministeriums als Vorstand des Neubauamts der Technischen Staatslehranstalten nach Chemnitz. — Ausgeschieden: Regierungsbauingenieur Dunger beim Neubauamt Landhausbauamt Dresden.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu besetzen sind am 1. April an d. n. 4. tatb. Bigerrschulen zu Leipzig 8. händ. Lehrkräfte: Einl. 2100 R., für Verb. 2200 R., feiernd bis 4000 R. einchl. Wohnungsgeld, für Lehrerinnen 2000 R., feiernd bis 3000 R. einchl. Wohnungsgeld. Außerdem d. a. w. die gefehl. Lehrkräfte. Gesuche mit den erforderl. Unterlagen an die K. Kultusbehörde, das Apostolische Sekretariat in Dresden; — Kirchschulstelle zu Jabelitz. K. Kultusbehörde; — Wohnung 1500 R. Gehalt vom Schul-, 835 R. vom feierndem, 100 R. für Verb., 150 R. für Fortbildungsgeld, 112 50 R. für Turnplatz. Gef. Berg. für Adalarbeitsunterr. an die Frau v. E. Gesuche bis 18. Februar an den Bezirkschulinspektor v. Großenhain; — 2. Lehrkräfte in Lützenbergsdorf v. W. Bau. K. Kultusbehörde; 1500 R. Gehalt, Wohnung u. gef. Berg. für 2 Lehrkräfte im Sommerhalbj. u. für Fortbildungsgeld. Gesuche mit den gef. Unterlagen bis 18. Februar an den Bezirkschulinspektor für Jowitzau; — die 6. Lehrkräfte in Werdau. K. Kultusbehörde. Gehalt 1600 R., Wohnung 875 R., feiernd 300 R., f. Verb. 200 R., dazu Teuerungszulagen. Gesuche mit den gef. Unterlagen bis 1. März an den Bezirkschulinspektor in Grimma.

(Amthliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anknüpfungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Das Vorkaufsblatt der „Dresdner Nachrichten“ vom 30. Januar dieses Jahres enthält eine Notiz über Neuverteilung der Geschäfte in den sächsischen Ministerien, worin u. a. bemerkt wird, die gesamten Verkehrsfragen, also auch das ganze Eisenbahnwesen, soll in dem Finanzministerium abgenommen und künftig von dem Wirtschaftsministerium erledigt werden. Diese Nachricht ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, nicht zutreffend. Die in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 30. Januar dieses Jahres veröffentlichte Bekanntmachung des Gesamtministeriums betrifft lediglich eine anderweite Verteilung der Geschäfte zwischen dem bisherigen Arbeits- und Wirtschaftsministerium, dem Ministerium des Innern und dem Arbeitsministerium. An den 3. händ. geseiten des Finanzministeriums, insbesondere in Verkehrsangelegenheiten, wird durch die erwähnte Bekanntmachung nichts geändert.

w. Dresden, 31. Januar. Die in Nr. 1 S. 17 des Verordnungsblattes des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts abgedruckte Verordnung an den Stadtrat zu Dresden (Nr. 32) ist vielfach dahin verstanden worden, daß die Verordnung vom 2. Dezember 1918 (S. 16 ebenda Nr. 31) über Einschränkung des Religionsunterrichts aufgehoben und die Erteilung von Konfirmationsurteilen in besonderen Fällen den nachgelassenen worden sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß diese Annahme irrig ist. Die Verordnung an den Stadtrat zu Dresden befaßt nur, in welcher Weise Konfirmationsurteile in bibelkundlichen Unterricht bis Ende des laufenden Schuljahres berücksichtigt werden können.

Deutsches Reich.

Zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Berlin, 31. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die für den 30. d. M. an erste Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaai festgesetzte Sitzung der interalliierten Kommissionen aus. Das der deutschen Kommission vorliegende Material wurde durch mehrere der Verbandsmächten überlandte Noten erledigt. Sie betrafen vor allem wirtschaftliche Fragen, so den Umlauf der noch in Belgien und Nordfrankreich befindlichen deutschen Markscheine. Die e. sollen bis zum Beginn des Monats Januar aus dem Verkehr genommen sein. Da jedoch noch am 25. Januar der Umlauf von Marknoten in belgischer Währung zugelassen war, legte ein holländischer Schmitt mit Marknoten nach Belgien ein. Deutscherseits war wiederholt vergebens um Verteilung der in Nordfrankreich und Belgien zurückgelassenen Markbeträge er sucht worden. In der heute zu einer Frage überlandte deutschen Note wird noch betont, daß die durch den Schmuggel nach Belgien und Nordfrankreich gelangten und noch g. langenden Marknoten von der deutschen Regierung nicht als zum Umlauf dieser Gebiete gehörig anerkannt werden könnten. Im Auftrage der bayerischen Regierung wurde in einer zweiten Note dringen um Freigabe der für Bayern notwendigen und von den Verbandsmächten bereits zugesagten Ersatznoten er sucht. Zur Herstellung der den Verbandsmächtern zu liefernden landwirtschaftlichen Maschinen wurde gleichzeitig die Freigabe der Ausfuhr russischer Halbfabrikate, Rohstoffe und Brennmaterialien erbeten. Auch die Erlaubnis 250 000 kg Baumwollwaren aus dem besetzten Gebiete zuzuführen, wurde nachgefragt. Bei weiterer der Verbandsmächten überlandte Noten bezogen sich auf politische Fragen. In der einen wurde festgestellt, daß die „Kölnische Zeitung“ infolge des verbündeten Januarvertrages über eine Rundgebung des deutschen Reichstags des Auswärtigen Amtes nur eine kurze Notiz bringen dürfte. Es wurde deutscherseits die Vermutung ausgesprochen, daß es sich hier um die Wahrung einer örtlichen Polizeibehörde handle, die aber der verbündeten Obrigkeit Heresleistung Anlaß geben müsse, die Einschränkungen der Pressefreiheit milder zu handhaben. Um die in Esch-Lohringen zurückgelassenen Angehörigen der ausgewiesenen Deutschen bezüglich des Postverkehrs nicht hinter den deutschen Kriegsgefangenen zurücksetzen zu lassen, wurde die Eröffnung einer Nachrichtenübermittlungsstelle vorgeschlagen. Die Behauptung der Verbündeten, belgische Offiziere im Gefangenenlager in Celle seien aus dem Lager entlassen worden, wurde auf Grund der angelegten Untersuchung als unrichtig zurückgewiesen. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Infolge der Aufhebung des Waffenstillstandes in dem von dem Verband besetzten deutschen Gebiet steht ein Ersatz der Eisenbahnangehörigen des Eisenbahnbezirks Köln bevor. Die belgischen Behörden haben zwar die Arbeiter und Beamten zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Es sind nicht nur für das unliebliche Deutschland schwere Störungen des Wirtschafts-

leben zu erwarten, sondern man muß auch für die Industrie und Arbeiter des besetzten Gebietes große Nachteile befürchten. Die Verbündeten wurden daher durch eine Note der deutschen Waffenstillstandskommission vom 30. d. M. über die Lage der Dinge aufgeklärt und ihnen gleichzeitig ein Schreiben der Eisenbahndirektion Köln beifügend übermitteln, worin die Bitte angebracht wird, den Achtundzestag beizubehalten zu dürfen.

Befreiung der Kosten für den Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen.

Berlin, 31. Januar. Nach Artikel 9 des Waffenstillstandsvertrages hat die deutsche Reichsregierung die Kosten für den Unterhalt der Besatzungstruppen des rheinischen Gebietes zu tragen. Die zur Regelung dieser Frage eingesetzte Unterkommission hat sofort ihre Sitzungen begonnen. Zur Klärung des Begriffes Unterhaltungskosten stellt der Vorsitzende der internationalen Delegation in der Unterkommission folgendes fest: Die Verbündeten verstehen unter Unterhaltungskosten, die von Deutschland zu tragen sind, alle Ausgaben, die den verbündeten Regierungen durch das tägliche Leben der Besatzungstruppen entstehen, sowie alle Ausgaben, die ihnen durch die Notwendigkeit entstehen, diese Truppen ständig auf der festgesetzten Kampfstelle und in einem Zustande zu erhalten, der sie in die Lage setzt, jederzeit einem Angriff zu widerstehen und sofort die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Hieraus ergibt sich, daß die Verbündeten ihren ganzen Militäretat unter dem Titel der Unterhaltungskosten Deutschland aufhalsen wollen.

Einspruch gegen die Verhaftung sozialdemokratischer Führer im besetzten Gebiet.

Berlin, 31. Januar. Der in einem Fort der Festung Straßburg gefangengehaltene sozialdemokratische Abg. Pfeife ist auf die wiederholten Proteste der deutschen Waffenstillstandskommission hin jetzt von den Franzosen freigelassen worden. Die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörenden Abgeordneten Pfeife, Kreger und Wallert sind von den Verbündeten als Spionagen verhaftet worden. Nach Angabe der Parteileitung gehörte die drei verhafteten Sozialisten nicht dem kommunistischen Bund an. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob sofort Einspruch und ersuchte die Verbündeten um Freilassung der Verhafteten.

Die Heimkehr der deutschen Zivilgefangenen aus England.

Wesel, 31. Januar. Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Wesel als Sammelpunkt zur ersten Aufnahme der aus England kommenden Zivilgefangenen bestimmt. Zur Unterbringung der Ankommlinge ist eine Kaserne zur Verfügung gestellt worden. Ein zweiter Transport von 600 Personen, Frauen und Kindern, ist eingetroffen. Nach einer Meldung aus Rotterdam ist aus London die Nachricht eingegangen, daß jetzt die Einschiffung von 20 000 bis 22 000 deutscher Gefangener erfolgt, die in aller nächster Zeit in Deutschland erwartet werden können. Vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wird das Weiserte Komitee zur Aufnahme der Zivilgefangenen tatkräftig unterstützt. Die Linienkommandantur stellt, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, Sonderzüge zur Weiterbeförderung der Ankommlinge in ihre Heimat.

Um die Zukunft unserer Kolonien.

Paris, 31. Januar. Wilson, die Premierminister und Minister des Äußeren von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Italien sowie die Vertreter Japans hielten am Donnerstag zwei Sitzungen ab. Der Verhandlungsstand über den Elfenbein, Ostafrika und die Abwesenheit der Vertreter der Dominions, des französischen Kolonialministers Simon und Salvago Ruggie weiter. Ein zu friedensstellendes Abkommen ist über die hinsichtlich der deutschen Kolonien und der besetzten Gebiete in der asiatischen Türkei und Asien anzunehmenden Grundzüge festgestellt worden. Am Nachmittag war die belgische Abordnung anwesend. Symons, Boverseele und van den Heuvel setzen den belgischen Standpunkt hinsichtlich des Kongo auseinander. Außerdem wurde entschieden, daß die militärischen Vertreter der Alliierten und assoziierten Mächte und der Oberste Kriegsrat in Versailles aufgefordert werden sollen, einen Bericht über die beste und schlagendste Verteilung der für die Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten türkischen Gebiet notwendigen Streitkräfte einzureichen.

Keine Rückgabe der Kolonien an Deutschland. Amsterdam, 31. Januar. Einem heftigen Blatte zufolge beschäftigt sich die englische Presse ausführlich mit der Frage der deutschen Kolonien und nimmt es als außergewöhnlich an, daß Deutschland diese nicht zurück erhalten wird. Die Friedenskonferenz habe sich darüber geeinigt. Auch Wilson sei dafür, daß Deutsch-Südwestafrika der Union einverleibt werde.

Die Entscheidungen über das Kongogebiet, die asiatische Türkei und die polnischen Grenzfragen.

Paris, 31. Januar. (Agence Havas.) Orts, der technische Delegierte Belgiens, entwickelte den Standpunkt hinsichtlich des Kongogebietes. Die ganze Erörterung bewegte sich auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge, die Verwaltung der deutschen Kolonien dem Völkerbunde zu übergeben bez. Teile davon diesem oder jenem Staate unter Kontrolle der gesamten Mächte zu überlassen. Schließlich einigte man sich dahin, wenn in einem dieser Gebiete sich genügt auf vierter Eingeborene befänden, die ihren nationalen Wünschen Ausdruck verleihen könnten und tatsächlich in Stande seien, sich selbst zu regieren, so sollte der Völkerbund ihren Wünschen Rechnung tragen. Wo die Völker nicht in Stande seien, sich selbst zu regieren, solle der Völkerbund entscheiden, wer die Souveränität ausüben sollte. Was die asiatische Türkei betrifft, so erhielten die vier Großmächte den Auftrag, dieses Gebiet zu verwalten, und zwar tritt das Mandat sofort in Kraft. Die Mitglieder der Untersuchungskommission, die für Polen bestimmt wurden, ließen über Vorschlag des Generals Poche eine Sitzung ab. Der kühne Gedanke war, dem Völkerbunde im nächsten Schritt ein Ende zu machen, ohne der Regelung der Grenzfragen vorzugreifen.

Einspruch der badischen Landesversammlung gegen die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen.

Karlsruhe, 31. Januar. In der heutigen Sitzung der badischen verfassunggebenden Landesversammlung wurde ein von allen Parteien unterstützter Antrag zur Beratung gestellt und einstimmig angenommen, in dem namens der Gerechtigkeit die badische Nationalversammlung Bewahrung dagegen einlegt, daß dem deutschen Volk bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes noch schärfere Bedingungen auferlegt werden. Sie erachtet die Weideregierung, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß sofort mit der Rückbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten begonnen wird. Der Ministerpräsident erklärte, das badische Volk habe mit den anderen deutschen Stämmen im Vertrauen auf die Erklärungen Wilsons die Waffen niedergelegt. Vor der ganzen Welt fordert das badische Volk Wilson auf, die eintägige Durchführung seines Programms durchzuführen. Es würde das furchtbare Gefühl, daß wir betrogen und getäuscht worden sind, in uns zurückbleiben, wenn die Wilsonschen Forderungen nicht vollkommen und treu durchgeführt würden.

Die Unterbrechung der Kommandogewalt.

Berlin, 31. Januar. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik ist mit: Zur Beipredung des Gesetzesentwurfes betr. Neuregelung der Kommandogewalt findet am Dienstag den 4. Februar vormittags 10 Uhr im Herrenhause eine Sitzung der Zentralräte aller Armeekorps statt.

Die Verlegung des Hauptquartiers nach dem Osten.

Die Verlegung des deutschen Hauptquartiers nach dem Osten wird, wie die „Vossische Zeitung“ erfahren haben will, demnächst stattfinden.

Die künftige Gestaltung Preußens.

Berlin, 31. Januar. Die preussische Regierung veröffentlicht folgen es: „Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember ist darauf hingewiesen, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preussische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegenzutreten sei. In diesem Standpunkte hat die preussische Regierung gelegentlich der ratgehabten Verhandlungen über die neue deutsche Verfassung in vollm Umfang festgehalten. In dem wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklich entgegenzutreten werden.“

Regelung der Schulaufsichtsfragen.

Wie es in der „Germania“ heißt, ist eine organische Regelung der gesamten Schulaufsichtsfragen derzeit im Kultusministerium in Vorbereitung und wird binnen kurzer Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Beratungen der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 31. Januar. Eine Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte trat heute zu nächst über das Thema „Rätepolitik, Nationalversammlung, Verfassungsentwurf“. Als Referent hob das Mitglied des Zentralrates Cohen hervor, daß die grundsätzliche Frage, ob Räteverfassung oder Nationalversammlung durch den Rätekongress bereits entschieden sei. Die Soldatenräte würden allmählich verschwinden. Die Arbeiterräte würden ihre Betätigung auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken haben. Eingehend sprach der Redner über die verhängnisvollen Folgen der Arbeitslosigkeit. Der Referent Dämmig (Unabhängig) empfahl die Annahme einer Entschliessung, worin die heutige Versammlung den Zentralrat auffordert, so schnell wie möglich einen allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen, der zur Nationalversammlung und zum Entwurf des neuen Verfassungsentwurfes Stellung zu nehmen und über das weitere Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte zu entscheiden hätte. Unterstaatssekretär v. Gerlach gab eine sachliche Auskunft über die Umwälzungen, welche die Räteverordnungen über die Auflösung aller Gemeindevertretungen und ihre Neugründung auf demokratischer Grundlage im Gefolge haben würden. Die Darlegungen und Schlussworte des Referenten Cohen fanden ihre Zusammenfassung in einer Entschliessung, die von der Notwendigkeit ausgeht, die zukünftige Reichsverfassung immer mehr derjenigen eines deutschen Einheitsstaates mit seiner geistvollen Gewalt zu nähern. Die Vollversammlung der A- und S-Räte Groß-Berlins, sowie der kommunalen A- und S-Räte der Groß-Berlin-er Gemeinden hat sich mit 492 gegen 362 Stimmen für den Antrag Dämmig entschieden. Die angenommene Entschliessung fordert den Zentralrat der A- und S-Räte Deutschlands auf, so schnell wie möglich einen allgemeinen Kongress der A- und S-Räte Deutschlands einzuberufen. Dieser Kongress soll zur Nationalversammlung und zum Verfassungsentwurf Stellung nehmen, sowie außerdem über das weitere Wirken um die staatsrechtliche Stellung der A- und S-Räte entscheiden. Dazu wird von unabhängiger Seite erklärt: Es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der A- und S-Räte ganz Deutschlands darstellt, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem zukünftigen Ergebnis einer örtlichen Räteversammlung Folge zu leisten.

Der Siedelungsentwurf.

(Fortsetzung aus dem gestrigen Blatte.) Berlin, 31. Januar. Der Landlieferungsverband hat an Stelle des gemeinsamen Siedelungsunternehmens das Verkaufrecht auf alle großen Güter des Bezirkes. Er muß das Verkaufrecht auf Verlangen des gemeinsamen Siedelungsunternehmens ausüben. Die Ausübung des Verkaufrechts ist an dem gemeinsamen Siedelungsunternehmen hängen mit dessen Zustimmung allgemein oder für den einzelnen Fall übertragen. Wo ein dringendes, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis nach besiedlungsfähigem Lande besteht, ist der Landlieferungsverband das Recht, geeignetes Siedlungsland aus dem Besitztum der großen Güter gegen angemessene Entschädigung im Wege der Enteignung in Anspruch zu nehmen. Die Fälle, in denen der Landlieferungsverband besiedlungsfähige große Güter, namentlich auch mit Hilfe der Enteignung

erworben soll, werden im einzelnen angeführt. — Antwort von Siedelungskomitee. — Die von dem Landlieferungsverband nicht wiederholten. — Das gemeinsame Siedelungsunternehmen hat ein Wiederkaufrecht für die von ihm begünstigte Ansiedlerfamilie, wenn der Ansiedler sie ganz oder teilweise veräußert oder aufgibt, oder wenn er sie nicht dauernd bewohnt oder bewirtschaftet. Landgemeinden oder Gutsbesitzer können durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde zu bezeichnenden Fälle verpflichtet werden, denjenigen Arbeitern, die im landwirtschaftlichen Betriebe des Bezirkes ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pachtung oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des Haushaltes zu geben. Ist das nötige Pacht- oder Kaufgeld auf andere Weise nicht zu beschaffen, so kann die Landgemeinde es im Wege der Zwangspachtung oder Enteignung in Anspruch nehmen.

Ein Erlaß über Offiziersverwendung.

Berlin, 31. Januar. Ein vom Kriegsminister Reinhardt und Unterstaatssekretär Köhler unterzeichneter amtlicher Erlaß betreffend Offiziersverwendung besagt: Besondere Anordnungen legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offiziere lahm. Die schlechten Verhältnisse verhindern bei den durch die Demobilisierung hervorgerufenen Schwierigkeiten vielfach ein schnelles Eintreffen am neuen Bestimmungsort. Ganz besonders aber entstehen durch Postverzögerungen Wartzeiten, die Offiziere zur Untätigkeit verurteilen. Schließlich haben die aufzulösenden Kriegsfornationen häufig Offiziere und Unteroffiziere längere Zeit auf Urlaub geschickt, die abendende Stelle in eingegangenen und neue Besätze erreichen den Beurlaubten nicht mehr. Diese Verhältnisse bereuen schwere Gefahren. Die Zeiten sind viel zu eng, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere durch Postkarte ihrer Dienststelle — oder wenn sie nach Auflösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Dienststelle noch nicht kennen, ihrem früheren Friedens-Generalkommando — Bescheid und gegebenenfalls Urlaubsbewerb zu senden. Diese Dienststellen führen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder bekräftigen ihn. Wer bis 20. Februar 1919 keine Bestätigung erhalten hat, kehrt zu seiner bisherigen Dienststelle zurück. Jeder nicht aus Gesundheitsrücksichten Beurlaubte und jeder aus bekümmerten Umständen vorübergehend dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Bericht niederzulegen und diesen unter deutscher Kennzeichnung und kurzer Inhaltsangabe dem Generalstab des Feldheeres — Kriegsgeschichtliche Abteilung — einzuliefern. Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln über den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen zu verschaffen, Ausweise im eigenen Bereiche vorzunehmen und entsprechende Offiziere summarisch, sowie mit nach Dienst, dem Kriegsdienstministerium (Personalamt) für den Dienst anzugeben. Die bei ihren Diensten anwesenden Offiziere sind mit den Anweisungen und zurückbehaltenen Kommandos zu einem Kommando zusammenzuführen, in dem die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, für die später einzutreffenden Besatzungsführer ein geeignetes Personal zu schaffen. Ganz besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschaften zu legen. Da die örtlichen Verhältnisse sehr verschiedenartig sind, ist die Art und Weise, wie dieser Forderung entgegenzutreten wird, den Kommandeuren der Truppenteile zu überlassen. Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in außerdienstlichen Fächern als Vorbereitung für ihren späteren Ausdienst zu fördern; da besondere Mittel hierfür vorläufig nicht bereitgestellt werden können, sind alle verfügbaren Lehrkräfte und Lehrmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe heranzuziehen.

Die deutsch-dänischen Grenzfragen.

Kopenhagen, 31. Januar. Norste Prezentate verbreitet hier folgende Berliner Meldung des Stockholmer Blattes „Nyan Tidningen“: Staatssekretär v. Brodorski-Kampau schlägt die Einsetzung einer internationalen Kommission vor, die mit dem Sitz in Helsingborg die Regierung in Schleswig übernehmen soll, bis die dänisch-deutsche Grenzfrage geregelt sei. Schwedische, dänische und norwegische Juristen sollen zum Eintritt in die Kommission aufgefordert werden. (Anmerkung des B. T. B.: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich bei dieser Meldung um eine grobe Fälschung.)

Die Kämpfe mit den Polen.

Bromberg, 31. Januar. Im weiteren Verlaufe der Gefechte wurden Stomaden, Friedberg und Großenort von unseren Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, zwei Tankwagen, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsgeschütz wurden eingebracht.

Die Weiterentwicklung der inneren Lage.

Vorläufige Wiederherstellung der Ruhe in Bremen.

Berlin, 1. Februar. Die Anwendung der Reichsregulative gegen die terroristische Spartaistische Rührerei in Bremen hat, wie verschiedene Blätter berichten, nicht nur in Bremen selbst, sondern in Hamburg und Wilhelmshafen heftig gewirkt. Seit der Ankunft der Truppen in der nächsten Umgebung von Bremen ist an der Woffenante mehr Ruhe eingetreten. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die Ein- und Ausfuhr der Lebensmittelstoffe gesichert wird. Laut „Berliner Post“ sollen die Spartaistische gesinnten Arbeiter noch vor Entschlossen, den Kampf mit den Regierungstruppen aufzunehmen. Gestern abend sollte eine Versammlung stattfinden, in der die Spartaisten über ihre weiteren Schritte berieten wollten.

Bremen, 31. Januar. Das Leben in Bremen geht vorläufig noch seinen gewohnten Gang. Die Truppen stehen dicht vor Bremen. In vergangener Nacht haben in Verden zwischen einigen Mitgliedern des Bremer „Rates der Volksbeauftragten“ und dem Kommando der gegen Bremen entsandten Truppen Verhandlungen stattgefunden. Der „Rat der Volksbeauftragten“ machte darauf aufmerksam, daß er sich telegraphisch nach Berlin gewandt habe, um Auskunft zu erhalten, weshalb die Truppen hierher geschickt seien. Das Kommando der Division Götterberg erklärte, daß es sich auf Bezüge entgegen nicht einlassen könne. Die Division habe strengen Befehl, sofort die rote Garde zu entwaffnen. Die Zustimmung zu dieser Entwaffnung lehnte der „Rat der Volksbeauftragten“ ab und es wurden daraufhin die Verhandlungen um 1/3 Uhr morgens abgebrochen. In Verden hat sich, wie man von privater Seite hört, ein vollkommenes Feldlager zusammengelassen. Die Division verfügt über leichte und schwere Artillerie, Panzerwagen und Flugzeug. Im Augenblick durchziehen Gruppen von Leutnanten Arbeitern die Stadt, um die ihnen angewiesenen Posten an der Außengrenze einzunehmen.

Bremen, 31. Januar. Die Arbeiter- und Soldatenräte Bremen haben und das IX. Armeekorps in Hamburg sendeten an die Reichsregierung Telegramme. In demselben ist gegen die in Bremen unternommene Aktion energisch Einspruch erhoben. Sie erklären, daß bei der Aufnahme von Kämpfern die Folgen unabsehbar sein würden. Der Soldatenrat des IX. Armeekorps sieht in der Besetzung Bremens als Bereich des IX. Armeekorps eine Kriegserklärung an das IX. Armeekorps. (Zusatz des B.Z.): Zwischen einem Mitglied des Hamburger Soldatenrats und dem Staatssekretär Noke fand am Freitag vormittag telephonisch eine Aussprache über die Unternehmung gegen Bremen statt. Nachdem Staatssekretär Noke festgestellt hat, daß von einer Bedrohung Hamburgs gar keine Rede ist, wurde ihm versichert, daß für den Hamburger Soldatenrat kein Anlaß vorliege, sich in die Angelegenheit einzumischen.)

Bremen, 31. Januar. Der Rat der Volksbeauftragten erhielt nachstehende Telegramme aus Berlin: 1. Zweck der militärischen Aktion gegen Bremen geht aus meiner Erklärung hervor, die heute morgen in der Presse bekannt gegeben. Wahne bringer von Widerstand abzuweisen. Der Reichsregierung: Noke. 2. Führer der Gardisten sollte verhandelt werden. (Bedingung, der Kommissar für Ernährungswesen, ist im Auftrage der Bremer Regierung in Berlin zur Regelung von Lebensmittelangelegenheiten.)

Zu den kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 31. Januar. Der Präsident des Freiwirtschaftsverbandes, Kuhn, und der Chef des Sicherheitsdienstes, Dorn, sind auf vier Wochen beurlaubt worden. In der Bevölkerung wird angenommen, daß dies eine Folge der letzten Unruhen ist und beide auf ihren Posten nicht wieder zurückkehren werden. Wilhelmshaven ist ruhig. Die Entlassung der Arbeiter ist nahezu durchgeführt. Der gefahrten verhängte Belagerungszustand ist wieder aufgehoben worden. Bei dem Aufschub der Kommunisten gegen die Reichsregierung wurden im ganzen 7 1/2 Mill., davon 2 Mill. in Gold, geraubt. Das Geld ist bis auf 400 000 M. zurückerstattet worden. Bei dem Handreich der Kommunisten waren im ganzen 50 Personen beteiligt.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Reuthen, 31. Januar. Die Streiklage in Oberschlesien hat in den letzten Tagen eine erhebliche Besserung erfahren, während vorgehen auf der Ferdinandstraße noch 60 und gestern noch 16 Proz. ausständig waren, ist heute der Streik auf der genannten Straße und der Rheinstraße ganz erloschen. Auf den Häfen sind 20 bis 30 Arbeiter noch etwa 50 Proz. ausständig, ebenso auf weiteren 80 Straßen. Bei 13 Straßen ist der Ausstand noch vollständig.

Abschluß der Bewegung der Hamburger Seefleute. Hamburg, 31. Januar. Die Bewegung der Seefleute dürfte ihren Abschluß gefunden haben. Während am Freitag morgen die Seefleute Kundgebungen veranstalteten, fanden vor dem Arbeiter- und Soldatenrat Verhandlungen statt, die von diesem dahin entschieden wurden, daß die Forderungen des deutschen Seemannsbundes mit Rücksicht auf die Kraft bis zum 15. Dezember anerkannt werden. Andererseits soll die Seemannsordnung vom 1. Februar ab noch drei Monate Geltung haben.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 31. Januar. Aus Polen wird gemeldet, daß die polnischen Soldaten, die an der Ermordung des Rittergutsbesitzers v. Haza-Radziłł beteiligt waren, vom polnischen Kriegsgericht freigesprochen worden sind.

Die in Berlin am 29. Januar ausgegebene Nr. 21 des Reichs-Gesetzblattes enthält die Verordnung, betr. die vorläufige Landarbeitordnung. — Die in Berlin am 30. Januar ausgegebene Nr. 22 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Bekanntmachung, betr. die Aufhebung der Bekanntmachung über Silberpreise vom 19. Juni 1917; Verordnung zur Abschaffung von landwirtschaftlichem Schuldenstande, sowie Bestimmungen.

Ausland.

Die Kämpfe der Tschechen mit den Polen.

Prag, 31. Januar. (Tscheco-Slowak. Pressburau) Minister Eweha sandte in Vertretung des Ministers des Außenwesens an den polnischen Minister des Außenwesens ein Telegramm, in dem er dagegen protestiert, daß die polnischen Truppen trotz der von den tschecho-slowakischen Freiwilligen angeregten Einstellung der Operationen im Fürstentum Teschen während Angriffe gegen die von den Tschechen erreichte Linie unternahmen, und vorschlägt, die polnischen Truppen unverzüglich abzuziehen, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Der Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland.

Wien, 31. Januar. Der Stadtrat von Deutsch-Osterreich nahm den der österreichischen Nationalversammlung vorzulegenden Gesuchsantrag, der Deutsch-Osterreich als Glied des Deutschen Reiches erklärt, einstimmig an.

London, 31. Januar. (Neuer). In einem Gespräch mit dem Vertreter der „Morning Post“ in Wien erklärte Staatskanzler Renner zur Frage der Vereinigung Deutsch-Osterreichs mit Deutschland, daß in Wien eine große Mehrheit für diese Vereinigung sei und nur eine Minderheit dagegen. Indessen Wien ist nicht Deutsch-Osterreich. Das Land als Ganzes liegt der glühenden Wunsch nach Vereinigung mit Deutschland. Die Parteien, Großkaufleute und Juristen, die einen Teil ihrer Einkünfte und Märkte über das Land verteilt hätten, scheitern von einer Vereinigung mit Deutschland wirtschaftliche Verluste. Alle die Ansicht des Volkes sei ganz anders. Der Voraustrittsbund wäre möglich gewesen, wenn die tschechen Deutschböhmern freigegeben hätten. Wenn jetzt der Bund erzwungen werde, so sei er dem ersten Tage an Land Streit und Laß verurteilt. Ein Kongreß, der eine solche Regelung guthießen würde würde kein Friede notwendig sein.

Die Kämpfe zwischen den Tschechen und Ungarn.

Budapest, 31. Januar. Des Ung. Telegr. No. 2. Tur. erzählt, daß die tschecho-slowakische Regierung aus Paris

die Befehle erhalten hat, die Truppen hinter die von dem Verbands gestellte Linie zurückzuführen. Die Linie zieht sich von Szolnok die Donau entlang bis zur Jpoly-Wandung, von hier am Jpoly entlang bis zum Marmaszent, von wo aus die Grenzlinie bis zur Ung-Wandung verläuft, um die Ung entlang bei Ujzsel die Landesgrenze zu erreichen.

Die Autonomie Westungarns.

Wien, 31. Januar. Das „Fremdenblatt“ meldet aus Debrecen, daß der erweiterte deutsche Volksrat für Westungarn gestern das Gesetz über die Autonomie von Westungarn als unannehmbar abgelehnt und eine Reihe von Forderungen für ein neues Autonomiegesetz an die ungarische Regierung gerichtet hat.

Amerikanische Lebensmittel für Polen.

Berlin, 1. Februar. Für die bevorstehende Ankunft amerikanischer Lebensmitteltransporte für Polen werden im Danziger Hafen umfassende Vorbereitungen getroffen.

Die Vereinheitlichung der britischen Reichsriegelschulden.

London, 30. Januar. Die englische Regierung schlägt die Vereinheitlichung der gesamten Reichsriegelschulden durch Konversion der Schulden Englands, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas in eine einheitliche Anleihe mit einem Amortisationsfonds vor, wobei eine Tilgung in längstens 72 Jahren in Aussicht genommen ist.

Die britischen Eisenbahnbeamten und der Achtstundensarbeitstag.

London, 30. Januar. (Neuer.) Während weitere Verhandlungen noch schweben, unterzeichnen die Eisenbahnbeamten und der ausführende Ausschuss der Eisenbahner ein Abkommensprotokoll über das Prinzip des achtstündigen Arbeitstages. Das Abkommensprotokoll sieht vor, daß die für die Nachtzeiten zugemessenen Zeiten nicht als Arbeitszeit angerechnet werden.

Sonstige Lawe über eine soziale Revolution in England.

London, 31. Januar. Die „Daily News“ erzählt, teilte Sonstige Law in seiner Rede nach der Kabinettsitzung an die Stadt Glasgow gestanden: „Wir mit, die die Regierung sei der Ansicht, daß für die Streiks bestimmte Leute verantwortlich seien, die nicht mit den Gewerkschaften in Verbindung stehen und auf eine soziale Revolution hinarbeiten. Die Regierung habe alle Schritte für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Person ergriffen.“

Die Kämpfe in England.

Amsterdam, 31. Januar. Das Reutersche Bureau bringt einen ausführlichen Bericht über die Kämpfe in Nordrußland. Danach haben die Bolschewiken am 19. d. M. die Stellung gegen der Verbündeten südlich von Ladanga am Wegastasse (15 englische Meilen, 24 km südlich von Schenkst., 19 englische Meilen, 30 km von Wladangel) besetzt und die Vortruppen auf die Hauptstellung zurückgeworfen, zugleich auch die Stellungen von Jaroslavl (18 englische Meilen, 29 km westlich von Schenkst.) angegriffen und die dort stehenden Truppen 7 km flugabwärts zurückgetrieben. Gefechte und Geschützfeuer dauerten vom 20. bis in die Nacht zum 21. Januar. Die englischen Truppen gingen in eine Schenkst. Stellung zurück. Vor einer umfassenden Bewegung des Feindes wurde die Stadt jedoch am 25. d. M. geräumt und 500 Einwohner nebst Kranken und Verwundeten wurden in eine fürzere Stellung weiter nördlich mitgenommen. Am 25. Januar griff der Feind die Stellungen bei Tschajowo (30 englische Meilen, 48 km nordöstlich von Pleschaja an der Bahn Nischan-Orsk-Belgoda) erfolgreich an. Die gut vorbereitete Organisation und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von den Angriffspunkten durch Artilleriefeuer an anderen Stellen der Front gegen Fortschritt in der Führung des Bolschewikenheeres. Auf der Seite der Verbündeten fanden amerikanische und russische Truppen, deren Verluste wesentlich geringer sein sollte, als die der Bolschewiken.

Sozialistische Nachrichten in Kanada.

Amsterdam, 31. Januar. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge meldet die „Times“ aus Toronto, daß man in Calgary in Alberta Anschuldigungen gegen die Arbeiterbewegung befragt, wie sie sich in Winnipeg ereignet haben. Die Stellung der Arbeiter wird durch das Austreten ausländischer bolschewistischer Agitatoren in Montreal sehr gelitten.

Ein amerikanisches Einwanderungsverbot.

Amsterdam, 31. Januar. Nach demselben Blatte meldet die „Times“ aus Washington: Die Vorkommnisse der Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses, die ein amerikanisches Einwanderungsverbot für die Dauer von 4 Jahren nach dem Kriege beschworen, hat viel Staub aufgeworfen. Das wird versuchen, dem Geschehenwickel beizukommen. Die organisierten Arbeiter unterstützen den Entwurf, aber das Staatsdepartement soll dagegen sein. Die Aussichten für eine solche Annahme des Entwurfs sind im allgemeinen nicht günstig.

Die amerikanische Flottenvorlage.

Washington, 30. Januar. (Neuer.) Admiral Mayo drang im Ausschuss für Marineangelegenheiten des Repräsentantenhauses am Vorabend der Abstimmung über die Flottenvorlage der Regierung auf sofortige Verabschiedung der Flotte, indem er erklärte, daß niemals eine Zeit bestanden habe, wo es so notwendig war, getreulich vorzubereitet zu sein.

Washington, 30. Januar. (Neuer.) Das Repräsentantenhaus hat einstimmig die Vorlage angenommen, welche die für Meer- und Flotte bestimmten Kredite in Höhe von mehr als 15 Milliarden Dollars widersetzt.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 1. Februar. Die Bevölkerung der Großstadt Magd. hat laut „Berl. Tageblatt“ den Präsidenten Wilson um Entsendung eines amerikanischen Bevollmächtigten, damit dieser die Nationalitätenfrage studiere.

Braun, 31. Januar. Rotten tschechischer Legionäre fordern die Bekämpfung deutscher Firmensachen fort. (Neuer). Am 29. Januar wurde auf einer Konferenz der Premiersminister beschließen, daß die Bundesregierungen berechtigt seien, von den tschechischen Ländern Ertrag ihrer Geldausgaben für den Krieg zu fordern.

Von der Armee.

w. Dresden, 31. Januar. Nach telegraphischer Nachricht von der Heresgruppe Riew befindet sich das Infanterieregiment 415 zurzeit noch in Nikolajew und wird voraussichtlich zur See nach der Heimat abbeordert. Das Infanterieregiment 413 hatte vor einigen Tagen einen Funkpruch an den Soldatenrat der 212. Infanteriedivision geschickt: „Infanterieregiment 415 Nikolajew, befinden gut. Abtransport zur See in Aussicht. Postkasten unter Postamt Großes Hauptquartier für Gruppe Nikolajew erbeiten.“

(M.) Im Ministerium für Militärwesen wird mit dem heutigen Tage bei der Zentralabteilung ein eigenes Pressereferat (ZP) errichtet, zu dessen Vorstand der Major Heide vom Festartillerieregiment Nr. 28 ernannt worden ist. Auf dieses Referat gehen die gesamten Dienstesfälle der mit Kriegsbündnissen verbundenen und seitdem von dem Wirk. Geh. Kriegsrat Waide nebenamtlich geleiteten Pressezentrale über. Die Geschäfte immer des neuen Pressereferats befinden sich im Blochhaus, 1 Treppe, Fernruf 23812.

Wahlbewegung.

Finanzhauptkassier Rechnungsrat Anders sprach gestern abend in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im großen Saale des Vereinshauses über die Aufgaben der zukünftigen Sächsischen Volkskammer. Die Versammlung wurde mit einer begrüßenden Ansprache des Hrn. Reichsamt Ratthan eröffnet, der besonders darauf hinwies, daß der Redner seit langen Jahren der früheren Zweiten Kammer des sächsischen Landtages angehört und dort erfolgreich gewirkt habe. Hr. Rechnungsrat Anders hat die Teilnehmer zunächst die gegenwärtige Wahlmöglichkeit zu überwinden und am Sonntag zur Wahlurne zu führen. Es handle sich um das Wohl Sachsens, denn die sächsische Volkskammer werde große Aufgaben zu erledigen haben. Hierher gehöre in erster Linie die Wahl der Regierung. Der Redner wandte sich dann gegen den Wahlauftrag der Deutschen demokratischen Partei. Hinsichtlich der Beamtenfrage ersuchte er, daß es notwendig sei, eine Sicherung der Ruhegehälter zu verlangen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei wärdem nach dieser Richtung hin alles tun, um die Wünsche der Beamten nachst zu erfüllen. Im übrigen habe ja auch bereits die jetzige Regierung eine bestimmte Erklärung abgegeben, nach der die Rechte der Beamten gewahrt werden sollen. Die Sächsische Volkskammer werde sich auch mit der Frage des sächsischen Eisenbahnwesens zu beschäftigen haben. Bekanntlich sollen großen Verkehrsinstitute, die Eisenbahnen, die Binnenschifffahrt, die Post, die Telegraphie und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande und in der Luft der Reichsverwaltung unterstellt werden. Das Anlagekapital für die sächsische Staatsisenbahnen betrage 1 Milliarde 272 Mill. M. Für dieses Kapital müsse Sachsen selbstverständlich eine Entschädigung erhalten. Hierüber würden schwierige Auseinandersetzungen in der Sächsischen Volkskammer stattfinden haben. Wenn das Kapital zurückgezahlt werde, dann werde es möglich sein, die sächsische Staatsschuld damit zu tilgen. Trotz alledem müsse die Volkskammer auch einen entsprechenden Einfluß auf das Eisenbahnwesen in Sachsen behalten. Der Redner besprach dann die Finanzlage Sachsens. Die für den Etat 1918/19 eingezeichneten Verträge seien bereits jetzt wesentlich überschritten worden. Infolgedessen sei ein entsprechender Nachtragsetat zu erwarten. Weiter müsse der Haushaltsplan für die kommende Etatperiode festgestellt und der Rechnungsbetrag von der Volkskammer verabschiedet werden. Unter Finanzregeln fügte sich in der Hauptsache auf die direkten Steuern, die zuletzt mit 163 Mill. M. veranschlagt worden seien. Infolge der hohen Ausgaben müßten die Zuschläge noch weiter erhöht werden. Die zu lösenden Aufgaben seien hoch. Die Aufgaben für das Reich. Notwendig sei in erster Linie eine Wiederbelebung der Produktion, die größte Sparbarkeit in der Finanzverwaltung und die Vereinfachung in der Staatsverwaltung. Die größten Schwierigkeiten werde die Wiederbelebung unseres Wirtschaftens haben, denn es fehle jetzt an allem. Um die Saluta zu heben, müsse eine große Anleihe im Auslande aufgebracht werden. Ferner dürften aber lebende Sozialleistungen nicht zur Durchführung kommen. An die beifällig angenommenen Ausführungen des Redners schloß sich eine Aussprache an.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete gestern nachmittag im Alberttheater eine Versammlung, die von Hrn. Landgerichtsdirektor Dr. Wagner mit einer begrüßenden Ansprache eröffnet wurde. Er protestierte gegen das Verlangen unserer Feinde, nach dem der führende Kaiser zu Reichenshaft gegen werden solle. Hierdurch solle das gesamte deutsche Volk getroffen und der Welt seinen Ansehen und seiner Ehre in den Staub gezogen werden. Infolgedessen müsse man hiergegen mit allen Kräften Front machen. Den Hauptvortrag hielt Hr. Dr. Laurenz Reicher. Er wies darauf hin, daß in Regierungskreisen der Gedanke einer Gebietsverweiterung Sachsens erwogen werde, und zwar zu einer Zeit, in der dem Lande neue Kriegsgeschichten drohen. Auch scheine man die Wendenfrage bei der Regierung in ihrer Bedeutung noch nicht erkannt zu haben. Tatsächlich handle es sich hier um eine von unseren Feinden anerkannte, bis jetzt aber noch nicht vollzogene Staatenbildung. Unter den Wenden schreie die Bewegung immer weiter fort. Gottlos sei als Hauptstadt des kommenden Wendenstaates in Aussicht genommen. Dieser solle sich vom Dybin bis Königswusterhausen erstrecken. In denfalls müsse die neue Volkammer zu der Wendischen und tschechischen Frage in erster Linie Stellung nehmen. In unserem Sinne sei aber ein disziplinierter Heer in erster Linie notwendig. Die Regierung verlange heute den Wenden ein neues Söldnerheer, und auch unsere Diplomatie habe durch die Verhandlungen in Trier und Spaer manches gelernt. Der Redner schloß mit der Aufforderung an alle, am kommenden Sonnabend zur Wahl wie zum Weltabende zu gehen, ihre Pflicht zu tun und

Sächsische Wähler und Wählerinnen!

Keine Wahlmüdigkeit!

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Eine sozialistische Mehrheit ist unabwendbar, wenn nicht jeder nichtsozialistische Wähler wählt.

Durchkreuzt auch die Wahltaktik der Deutschen Demokratischen Partei, indem Ihr geschlossen eintretet!

für die Liste Blüher!

Die Deutsche Volkspartei.

Die deutsche Volkspartei

hat im sächsischen Wahlkreis

ohne Presse, ohne Organisation, ohne die Riesensummen, die den anderen Parteien zur Verfügung stehen, lediglich durch

die Werbekraft ihrer Ideen und ihrer Persönlichkeiten

fakt 100 000 Stimmen erzielt. Wo sie trotz der Kürze der Zeit mit den Wählern in Fühlung treten konnte, ist sie die härteste nichtsozialistische Partei geworden.

So erzielten:

die Heineke-Liste:	in Dresden 48 813 Stimmen,	in Freiberg 4561 Stimmen,	
Reichle-Liste:	44 764	2817	
Kölsch-Liste:	30 612	1802	1190

Wähler, laßt Euch nicht verblüffen!

Der Deutschen Volkspartei gehört die Zukunft!

Wählt am 2. Februar die Blüher-Liste!

Nachm-
Diele

Blesch-Bar und Weinstube

Nachm-
Diele

: Dresden, Prager Straße 58 :

Erdgeschoß

Nachmittags 4—7 Uhr Diele

vornehme Musikdarbietungen

960

Tee, Kaffee usw.

ff. Gebäck aus eigener Konditorei

Ab 7 Uhr abends vornehmes Weinrestaurant

:: Erstklassige Weine ::
Vorzügl. kalte und warme Küche.

Nachm-
Diele

Nachm-
Diele

Dresdner!

Prüft die Wahlvorschläge auch daraufhin, ob Dresdner Interessen gewahrt sind! Dresdens Wohlfahrt ist mit der des Landes unzertrennlich verbunden.

Nur Männer, die mit Verständnis dafür eintreten,

daß Dresden die weltberühmte Kunststadt bleibe und seine Theater und Kunstsammlungen auf ihrer Höhe erhalten werden,

daß sein bedeutender Handel wieder aufblühe und seine Industrie gerettet werde,

daß seine Schulen, an der Spitze die Technische Hochschule, nicht augenblicklichen Parteirichtungen geopfert, sondern als Pflegstätten deutschen Geistes und vaterländischen Empfindens erhalten werden,

darf Dresden in die sächsische Volkskammer senden.

Solche Männer stehen nur auf der Liste der Deutschen Volkspartei.

Wählt daher die Liste

Blüher—Koch—Kaiser!

1192

Sanitätsrat Dr. Salzburg

Hals-, Nasen-, Ohrenarzt

Ferdinandstr. 19 part.

nimmt nach Entlassung aus dem Heeresdienst eine regelmäßige Tätigkeit weder auf. Sprechstunden: Wochentags 10 bis 12, 4 bis 6, außer Sonnabend nachm. 1176

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Bekanntmachung

gemäß § 23 des Reichs-Hypothekendarlehengesetzes.

Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen M. 3390 500.—
Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in das Hypothekendarlehen eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Rückzahlungen und sonstigen Winderungen M. 5 503 203.54

Leipzig, am 31. Januar 1919.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Keller. Schoen. 1175

Beamte und Sozialdemokratie.

Am 3. Dezember 1918 hatte im Auftrage seines Verbandes ein Sozialdemokrat in Berlin im Abgeordnetenhaus in Gegenwart der Reichsminister Straßler und Dietrich mit dem damaligen Reichsminister für Sozialwesen, Dr. Stroschek, eine Unterredung. Dabei erklärte Stroschek:

„Die Aufstellung der Beamten auf Lebenszeit, Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versicherung werden wohl bald der Vergangenheit angehören.“

Am 24. Januar 1919 fand in Berlin eine sozialdemokratische Versammlung mit dem Ministerpräsidenten als Redner statt. Die **Deutschnationale Volkspartei** hatte der Leitung der Versammlung eine schriftliche Anfrage überreicht, worin sie darauf hinwies, daß der Staat seinen berechtigten Unterbeamten bei Sozialleistungen nicht ermittelten Lebensunterhalt gewähre, als den Arbeitslosen durch Unterstützung, daß auch das Einkommen der mittleren Beamten weit unter dem Einkommen der Arbeiter in Staats- und Privatbetrieben bleibe. Die sozialdemokratische Partei wurde zur Stellungnahme aufgefordert. In den Beratungen wurde nur Aufrechterhaltung der Pensionen als Aufgabe angesehen. In den übrigen Punkten war eine Erklärung nicht zu erlangen. Eine Debatte hierüber wurde verhindert.

Bereits ist man sich die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte ohne jede Vorbildung an, die erproben, gütlich vorgeduldet, Pflichtgetreuen Beamten zu konträrren oder gar zu ergeben.

Die Beamenschaft soll mit aufgehen in der allgemeinen Lohnarbeiterschaft.

Beamte, keine Stimme der Sozialdemokratie, die eurem Stande das Gesicht schenkt! Ihr hattet Teil an der Autorität des Staats. Wählt die Liste der Partei, die stets die Autorität des Staats am meisten geschätzt hat.

Wählt deutschnational!

Wählt die Liste Dr. Wagner!

1181

Die in unserer Bekanntmachung vom 30. Januar 1919 unter 10, 11, 13 und 14 angeführten Erzeugerpreise werden gemäß Anweisung des Reichshoflieferungsamtes wie folgt berichtigt:

Table with 3 columns: Erzeugerpreis, Vertragsfreie Ware, Vertragsware. Rows include items like 'Gelbe Kohlrüben', 'Weiße Kohlrüben', 'Schiff-, Waffer-, Stoppeln, Weizen', 'Runkelrüben (Futter-)'.

Die Groß- und Kleinhandelspreise erleiden durch diese Änderung der Erzeugerpreise keine Veränderung. Dresden, am 31. Januar 1919. 1184

Kommunalverband Dresden Stadt und Land.

Verkehr mit Kohlen im Februar 1919.

Da sich die Zufuhr von Hausbrandkohle immer mehr verschlechtert hat, und trotz aller Bemühungen des sächsischen Kohlenamtes keine baldige Besserung zu erwarten ist, wird kraft § 28 der Bekanntmachung des Reichshoflieferungsamtes vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen usw. folgendes angeordnet:

- § 1. Verfall von Kartenabschnitten. Mit dem 31. Januar 1919 verfallen die Januarabschnitte der Grund- und Untermieterkarten.
§ 2. Belieferung der Grund- und der Untermieterkarten. 1. Im Februar darf bis auf weiteres auf jede Grundkarte nur 1 hl. auf jede Untermieterkarte nur 1/2 hl. und auf jede Zuzugskarte für Haushaltungen ohne Kochgas 1 hl. Kohlen (oder die entsprechende Menge Koks oder Briketts) abgegeben werden.

Landwirtschaftlicher Kreditverein im Königreiche Sachsen. Aufruf!

Es ist uns angezeigt worden, daß die von uns ausgegebenen Stammenteilbücher Nr. 17511, 18784, 21796, 25684, 26670, 27750, 29794, 30425, 30492, 33057, 34222, 36572, 37269 im Verfall geraten sind. Gemäß § 16 unserer Satzung fordern wir die etwaigen Inhaber dieser Bücher und alle diejenigen, die sich auf Grund dieser Bücher, hierdurch auf, ihre Rechte bei deren Verfall spätestens bis zum 10. Mai 1919 bei uns geltend zu machen.

Hochherrschastliche II. Etage

mit Gartenbenutzung in schönster, freier Lage, bestehend aus 12 Zimmern, Veranda, Bad, elektrisch. Licht, ist ab 1. Oktob. 1919 oder eventuell früher, Dresden-Neustadt, Theresienstraße 7, zu vermieten. Preis 2400 Mk. Zu besichtigen von 11-1 Uhr. Näheres daselbst beim Hausmann. 1211

Sächsische Bodenereditanstalt.

Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in Umlauf befindlichen Hypothekenscheine 2.486.408.000. Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Minderungen 2.188.487.192.80. Dresden, den 29. Januar 1919. 1174

Englisch u. Französisch für Anfänger.

Engl. Mo. u. Do. 6-7, Frz. Di. u. Fr. 6-7. Beginn Anfang Februar. Rackows Handels- und Sprachschule 907 Altmarkt 15 u. Albertplatz 10.

Offiziere, 81

b'e in Industrie oder Handel überreden, erhalten in den handwerklichen Berufen Unterricht von erfahrenen Praktikern und Bibliothekaren gegen mäßige Honorar in Schirpfe's Handels-Schule, Altmarkt 12. Dresden.

Die neugegründete Stelle eines Gemeindefassierers und Steuerrevisor ist hier zunächst bald zu besetzen. Anfangsgehalt 1200 Mk. und Teuerungszulagen nach staatlichen Sätzen.

Zu selbständigen Arbeiten befähigte Bewerber, die gründliche Kenntnisse und Erfahrungen in der Gemeindefasserverwaltung und im Steuerwesen besitzen, wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen bis zum 15. Febr. d. J. einreichen. Die Gemeinde ist Mitglied des Landesassistentenverbandes. Oppach, am 30. Januar 1919. 1173 Der Stadtrat.

Schneeberg. Die Kleingeldbank der Stadt Schneeberg über 50 St. 10 Pf., 5 Pf., die den Aufwand der Galtigkeit bis 31. Dezember 1918 tragen, sind bis spätestens den 28. Februar 1919 bei unserer Stadtkasse einzulösen. Nach Ablauf dieser Frist werden sie nicht mehr angenommen. Schneeberg, den 28. Januar 1919. 1172 Der Stadtrat.

Dank.

Der hiesigen politischen Gemeinde ist von Herrn Fabritz über Paul Haase hier zum Zwecke Förderung des Kleinwohnungsbaues ein ca. 13 Acker großes Grundstück schenkungsweise übertragen worden. Für die erneute hochherzige Gesinnung wird Herrn Haase hierdurch herzlich gedankt. Borkendorf, den 30. Januar 1919. 1207 Der Gemeinderat. John, W. B.

Ortsassistenten sowie Gemeinde- und Sparsparrentrollstellen sofort zu besetzen. Nur tüchtige, zur selbständigen Führung einer Ortssassistentenstelle fähige und im Gemeinde- und Sparsparrentrollwesen durchaus erfahrene, nicht unter 21 Jahre alte Bewerber, die an ein selbständiges Leben denken, wollen Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 15. Februar 1919 hier einreichen. Kanton: 1000 Mark. Die Gemeinde ist Mitglied des Landesassistentenverbandes. Die Stelle ist zunächst Militäramtweilern vorbehalten. Die Stelle ist zunächst Militäramtweilern vorbehalten. Gemeinderat Erfenschlag-Ghemm. 1203

Realschule und Progymnasium zu Grimma. Anmeldungen für Ostern 1919 werden vom 10. Januar bis 8. Februar wochentags 11-1/2 Uhr im Schulgebäude entgegengenommen. Besondere sind Geburts- und Taufschein, Impfchein, letzte Beurteilung. Gute Penionen werden nachgewiesen. Aufnahmeprüfung: Montag, d. 28. April, 8 Uhr vorm. - Überprüfung der für Kl. VI Angemeldet: Mittwoch, d. 12. Febr. 8 Uhr vorm. 1205

Bei der Aufzeichnung der Schuldirektorstelle zu Stützendorf muß es heißen: „erwünscht femininistisch-akademische Bildung.“

Landwirtschaftlicher Kreditverein im Königreiche Sachsen. Aufruf!

Es ist uns angezeigt worden, daß die von uns ausgegebenen Stammenteilbücher Nr. 17511, 18784, 21796, 25684, 26670, 27750, 29794, 30425, 30492, 33057, 34222, 36572, 37269 im Verfall geraten sind. Gemäß § 16 unserer Satzung fordern wir die etwaigen Inhaber dieser Bücher und alle diejenigen, die sich auf Grund dieser Bücher, hierdurch auf, ihre Rechte bei deren Verfall spätestens bis zum 10. Mai 1919 bei uns geltend zu machen. Dresden, den 31. Januar 1919. 1206 Das Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreiche Sachsen. Dr. Wehnert. Steiger. Dr. Niehausen.

Hochherrschastliche II. Etage

mit Gartenbenutzung in schönster, freier Lage, bestehend aus 12 Zimmern, Veranda, Bad, elektrisch. Licht, ist ab 1. Oktob. 1919 oder eventuell früher, Dresden-Neustadt, Theresienstraße 7, zu vermieten. Preis 2400 Mk. Zu besichtigen von 11-1 Uhr. Näheres daselbst beim Hausmann. 1211

Sächsische Bodenereditanstalt.

Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in Umlauf befindlichen Hypothekenscheine 2.486.408.000. Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Minderungen 2.188.487.192.80. Dresden, den 29. Januar 1919. 1174

Englisch u. Französisch für Anfänger.

Engl. Mo. u. Do. 6-7, Frz. Di. u. Fr. 6-7. Beginn Anfang Februar. Rackows Handels- und Sprachschule 907 Altmarkt 15 u. Albertplatz 10.

Offiziere, 81

b'e in Industrie oder Handel überreden, erhalten in den handwerklichen Berufen Unterricht von erfahrenen Praktikern und Bibliothekaren gegen mäßige Honorar in Schirpfe's Handels-Schule, Altmarkt 12. Dresden.

Nächsten Montag, 3 Febr., 7 Uhr Künstlerhaus Tristan und Isolde von Meister Gottfried von Straßburg bearb. von Wih. Hertz, gesprochen von Friedrich Erhard. Prof. Kammer im Drosd Aus: „Friedr. Erhard ist als Kunstsprecher rasch und entschlossen heute in die allererste Reihe der Meister seines Gebietes getreten.“ Nem. Sitze: M. 1 70 bis 4 50 bei F. Ries, Seestr. 21, O. Reinicke, Hauptstr. 2. 1208

Nächsten Mittwoch, 7 Uhr, Palmengarten Auf vielseitigen Wunsch III. Vecsey-Konzert. Neues Programm. Karten bei F. Ries, Seestr. 21, und O. Reinicke (Ad. Brauer), Hauptstr. 2. 1209

Nächsten Mittwoch, den 5. Februar, 7 Uhr im Saale der Kunstausstellung Sinz, Prager Straße 38: Friederike Stritt Dichterinnen - Abend Alice von Gaudy - Isolde Kurz Jeanne Berta Semmig. Karten zu Mk. 4.- und 2 50 (ausschließlich Steuer) bei Max Sinz, Prager Straße 38. 1179

Nächsten Sonnabend 5. Februar, 7 Uhr, Künstlerhaus Heiterer Abend Joseph Piaut Heiterste Auslese aus allen Programmen. Karten: 4,50, 3,40, 2,30, 1,70 M. bei F. Ries, Seestr. 21, u. O. Reinicke (Ad. Brauer), Hauptstr. 2. Der Saal ist geheizt. 1210

Vier Vorträge über die Weisheit Indiens von Dr. Paul Th. Hoffmann im Saale der Kunstausstellung Max Sinz, Prager Str. 38. Donnerstag, den 6. Februar 1919: Die Weisheit der Veden. Donnerstag, den 13. Februar 1919: Seelenwanderungslehre und Erlösungsgedanke in der indischen Philosophie. Donnerstag, den 20. Februar 1919: Leben und Lehre Buddhas (mit Vortrag seiner Übersetzungen aus dem Indischen). Donnerstag, den 27. Februar 1919: Die schönsten Dichtungen des klassischen Sanskrit. Beginn aller Vorträge abends 7 Uhr. Eintrittskarten für den Einzelabend zu M. 3.50 u. M. 2.50, für alle vier Abende M. 12.- und M. 8.-. Kartenvorverkauf bei Max Sinz, Prager Str. 38.

Weißer Adler Ober-Pofchwitz. Straßenbahn Nr. 11. Einloß 3 Uhr. Jeden Sonntag: Adlerballfest. Erstklassiges Orchester! Eigene Beleuchtung! Eintritt: Dame: M. 2.00, Herren M. 5.00. (Zugel) wird nicht erhoben. 903

Teleph. 14380 74 Linien 3 u. 7. Gymnasia Thalia Theater! Görlitzer Str. 6 Anf. 7 Uhr Sonntag 3 Vorstell. Nachm. 3 Uhr kl. Preise, Kind. Hälfte! Donnerst. Damenkaffee. Vorzugsarten Wochen tags u. Sonntags nachm. zugig

Unsere Stimmzettel lauten nur auf den Namen des ersten Kandidaten. Blüher. Wer einen solchen Stimmzettel abgibt, wählt nach den Bestimmungen des Wahlgesezes alle 35 Kandidaten. Deutsche Volkspartei. 1171

Chronik der Zeit.

Monat Januar.

- Das Ministerium des Innern richtet an den Volkstag des Landtages der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsen ein Schreiben, in dem die sachliche Grundlage für Festlegung der Wahlen zur Sächsischen Volkskammer auf den 2. Februar auseinandergesetzt werden.
Zur Frage der Aushebung des Landtages richtet der Vorsitzende der sozialliberalen Landtagsfraktion Staatsminister a. D. R. Hilde folgendes Schreiben an das Ministerium des Innern:
Den Mitgliedern der Fraktion ist unter Nr. 224, I. L. ein Bittel, unterzeichnet mit Lipinski, zugegangen, in dem auf die von der neuen Regierung verfügte Aufhebung des Landtages hingewiesen und die Rücksendung der Eisenbahnfahrkarten verlangt wird. Der Fraktion ist von einer auf zulässigen Wege erfolgten Aufhebung der Zweiten Kammer nichts bekannt. Sie sieht den jetzigen Zustand als einen geschlossen an, und ihre Mitglieder betrachten sich bis zu den Neuwahlen als die gesetzlichen Vertreter ihrer Wahlkreise, die durch eine ungesetzliche Gewalt an der Ausübung ihrer Pflichten verhindert sind.
Der Berliner Zentralrat legt sich die Amtsbezeichnung „Zentralrat für die sozialistische Republik Deutschland“ bei. Der Zentralrat für die sozialistische Republik Deutschland berät mit den fünf Volksbeauftragten und dem preussischen Minister des Innern die Offizien.
Die bayerische Regierung erlässt eine Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit für den Landtag.
Die Reichsregierung erklärt, daß die von polnischen Zeitungen gebrachte Nachricht, die deutsche Gesandtschaft in Warschau habe sich mit bolschewistischen Umtrieben befaßt, auf Erfindung beruhe.
In gemeinsamer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats von Polen, des obersten polnischen Volksrates, des kommandierenden Generals und des Oberpräsidenten von Polen wird zwischen den Parteien eine Einigung erzielt, daß in Polen in Zukunft Ruhe herrschen soll.
Die Engländer im Hafen von Riga fordern, daß die deutschen Truppen zum Schutze der Bevölkerung in Riga verbleiben und drohen, Deutschland für alle Schäden und Verbrechen der Bolschewisten haftbar zu machen.
Die Tschecho-Slowaken besetzen Preßburg.
Dr. und Frau Wilson reisen nach Italien ab.
- Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Danach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar an aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerlisten auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.
Die Reichsregierung erteilt bei der Sowjetregierung in Moskau Einbruch gegen das unbefugte Eindringen des Bolschewisten Habel in Deutschland.
Gen. v. Hindenburg richtet das nachfolgende Fernschreiben an das Armeeoberkommando Ostpreußen:
Ich erkenne die vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gefasste Resolution betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere betreffend die Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einkleinen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk vertretenen Nationalversammlung getroffen werden kann.
Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Erlaubnis über den Standpunkt des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensleute des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierskorps ermöglicht, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorfällig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.
Gen. Hindenburg.
Dem bisherigen Chef des Admiralsstabes der Marine Admiral Eckert wird der nachgelagerte Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.
Im Hafen von New-Haven bei Danzig treffen die amerikanischen Kreuzer „Bor“ und „Eon“ ein.
Die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier und in Oberschlesien werden beendet.
- Die preussische Regierung erläßt eine Verordnung, in der es unter anderem heißt, daß die Lohnbewegung eine Entwidlung genommen habe, die weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen müßte. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe könnten es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteuerten. Diese Gefahr aber sei bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es werde deshalb zur gebieterischen Pflicht der Regierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträgtlichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.
In einem Schreiben an den Zentralrat für die sozialistische Republik Deutschland geben die unabhängigen sozialdemokratischen MdL Leber der preussischen Regierung Ströbel, Adolf P. Schmidt, Dr. Kollerfeld, Dr. Oskar Arco, Dr. Bartsch, Hans P. Schmidt, Döber und Simon den Rücktritt von ihren Ämtern bekannt.
Für den von seinem Amte zurückgetretenen Kriegsminister Scheuch wird der bisherige Direktor des Demobilisationsamtes im preussischen Kriegsministerium, württembergischer Oberst Steinhardt, zum Kriegsminister ernannt.
Marshall Foch teilt mit, daß für die Wahlen zu den Landesvertretungen der deutschen Bundesstaaten, von denen Gebietsteile durch den Verband besetzt sind, die gleichen Erleichterungen wie für die Wahlen zur Nationalversammlung gelten.
Der Handelsverkehr zwischen den Niederlanden und den besetzten Rheinlanden wird unter Vorbehalt der Anwendung des J. Artikels wieder frei gegeben.
In Hohenhausen brechen erneut Unruhen aus, die von Polen verursacht werden. In Strelino wird gekämpft; Kruschwitz wird von den Polen erobert.

Über Schneidemühl wird das Ständrecht verhängt.
Auf eine Kundgebung der sächsischen Staaten richtet der Vorsitzende der Reichsregierung Ebert an den württembergischen Ministerpräsidenten Hilde folgendes Fernschreiben:
Vor endgültiger Erklärung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz der sächsischen Regierungen vom 27. und 28. Dezember sind Verhandlungen mit mehreren Reichsämtern erforderlich, die sofort eingeleitet worden sind. Antwort erfolgt baldigst. Wir werden alles tun, um die Rückwirkung der deutschen Freikauten an den Reichsgeschäften sicherzustellen und bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung nach Möglichkeit zu gewährleisten. Ebert.
Der deutsche Gesandte in Luxemburg, v. Buch, wird aus dem Großherzogtum ausgewiesen.
Der Generatrat der Lausitzer Wenden in Rungen erläßt eine Proklamation, in der die Anerkennung der Lausitzer Wenden als einer Sondernation im Sinne des Wilsonschen Friedensprogramms mit der Befugnis gefordert wird, daß sich die Friedenskonferenz, an die der Nationalrat in dieser Angelegenheit herantritt, damit beschäftigen wird.
Wina wird von den deutschen Truppen geräumt.
Die Reichsregierung wendet sich an die Verbündeten von neuem mit dem Ersuchen um baldige Aufnahme der Verhandlungen zur Überleitung des Waffenstillstandes in den allgemeinen Friedenszustand.
In Nupfolding in Bayern stirbt der frühere Reichskanzler Graf Hertling.
Der deutsche Volksrat Westfalen, die geistlich gewählte Vertretung von acht Wahlkreisen, erläßt, daß hinsichtlich die Kreise Schwerin, Birnbaum, Wetzlar, Kempten und Bismarck zur Provinz Brandenburg, die Kreise Frankfurt, Lissa und Kamisch zur Provinz Schlesien gehören. Der Kreis Fischele schließt sich der Gruppe Westpreußen an und tritt ebenfalls zur Provinz Brandenburg über.
Das Direktorium der Ersten Ständekammer richtet an das Gesamtministerium folgendes Schreiben:
„Die Mitglieder der Ersten und Zweiten Ständekammer haben von dem Ministerium des Innern nachstehende Verfügung erhalten:
Nr. 224 I. L. Dresden, den 27. Dezember 1918.
Wit der durch die neue Regierung verfügten Aufhebung des Landtages des vormaligen Königreichs Sachsen sind auch die Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer der Ständeverammlung ausgehollten Eisenbahnfahrkarten nicht mehr als gültig anzusehen. Es wird daher um deren alsbaldige Rücksendung ersucht.“
Ministerium des Innern.
Gen.: Lipinski.
„Diese erstmalige an die Mitglieder der Ersten Ständekammer persönlich gelangte offizielle Mitteilung über die durch die neue Regierung verfügte Aufhebung des Landtages des ehemaligen Königreichs Sachsen“ gibt dem Direktorium der Ersten Ständekammer Veranlassung, gegen die verfügte Aufhebung der Ersten Ständekammer mit aller Entschiedenheit Verwahrung einzulegen. Die Verfügung ist ungelegentlich und darum in unseren Augen null und nichtig.“
Dresden, den 6. Januar 1919.
Das Direktorium der Ersten Ständekammer.
Gen.: Biphum, Reil, v. Habel, Ky.
6. In der Reichstagsliste findet eine Besprechung der Volksbeauftragten unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands statt, in der beschlossen wird, sofort mit allen zu Gebote stehenden militärischen Nachmitteln gegen die Anhänger der Spartakusgruppe vorzugehen.
Der „Vorwärts“ erscheint gewungenermaßen als Organ der Spartakisten.
Der Polizeipräsident von Berlin Eichhorn wird seines Amtes enthoben.
Sowohl auf den kaiserlichen wie auf den westfälischen Kohlenrevieren greift der Streik erneut um sich.
Auch die preussischen mehrheitssozialistischen Minister stellen dem Zentralrat ihre Ämter zur Verfügung.
In Berlin findet ein Reichsbürgertag statt, zu dem 240 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen sind. Vertreten sind 140 Städte.
Unter Führung des Vereins Recht und Wirtschaft bildet sich in Berlin ein Ausschuss, der bei Mitarbeit hervorragender Staatsrechtler und Praktiker v. absieht, die zum Zusammentritt der Nationalversammlung den Entwurf einer Reichsverfassung auszuarbeiten.
Zu den Wahlen zum braunschweigischen Landtage werden insgesamt 212 283 Stimmen abgegeben. Es entfallen auf die Liste der Demokratischen Volkspartei 46 291 Stimmen (13 Sipe), auf die vereinigten übrigen Parteien 55 616 Stimmen (16 Sipe), auf die Liste der Sozialdemokraten (Nichtung Scheidemann) 55 708 Stimmen (17 Sipe), und auf jene der Unabhängigen 51 648 Stimmen (14 Sipe). 29 bürgerliche Abgeordnete stehen somit 31 sozialistischen Abgeordneten gegenüber.
Das vorläufige Ergebnis der Wahlen zur badischen Nationalversammlung ist folgendes: 24 Demokraten, 35 Sozialdemokraten, 41 Zentrum, 7 Deutsch-Nationale. Von den Unabhängigen wird niemand gewählt.
Die Polen besetzen die Städte Radom, Kofen und Schrimm.
Die Friedensabordnung der tschecho-slowakischen Republik begibt sich nach Paris.
Luxemburg erklärt die Verträge über die Zugehörigkeit des Großherzogtums zum deutschen Zollverein und über die Prinz Heinrichbahn für nichtig und bricht den Verbändmächten gegenüber den Wunsch aus, die Sicherung seiner Selbständigkeit und die Rechte der Bevölkerung unter den Schutz der Verbändmächte zu stellen.
In England und Schottland brechen ernste Arbeiterunruhen aus.
In New York stirbt der frühere Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Roosevelt.
- Die Reichsregierung gibt den revolutionären Obleuten gegenüber folgende Erklärung ab:
Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalttätigkeits zur Anwendung von Gewalt anzu-

wenden. Auf diesem Standpunkte bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch machen zu Angriffen. In irgendeiner Abmachung können wir uns nur dann verstehen, nachdem die am Abend des 6. Januar und im Verlaufe des 6. Januar besetzten Gebäude frei gegeben sind. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Diese Erklärung ist nur ein neuer einschneidender Ausdruck unseres Programms: Kampf gegen jede Rechtslosigkeit.
Die Berliner Zeitungen kommen sämtlich unter die Kontrolle der Spartakusleute. Während die Zeitungsbetriebe Scheer, Risse und Ullrich ihre Blätter nicht herausgeben können, sind andere Organe am Erscheinen nicht verhindert. „Germania“ und „Täg. Rundschau“ können ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Die „Volkszeitung“ und die „Neuesten Nachrichten“ sowie andere Blätter stehen dagegen unter Zensur und müssen sich jeder Äußerung gegen die revolutionäre Arbeiterchaft enthalten.
Auch in Halle a. S., Braunschweig, Schwerin, Dortmund, Bielefeld und Nürnberg finden parlamentarische Kundgebungen statt.
Die Tschecho-Slowaken besetzen Freudental, Zugmantel und Bennisch.
Als Bergeltungsmaßregel gegen das von einigen deutschen Hingezogen aus Frankfurt a. O. erfolgte Bombenabwerfen verfügt der polnische Befehlshaber die Internierung des kommandierenden Generals v. B. d. und P. S. Die Reichsregierung ersucht um Aufhebung dieser Maßregel, da sie die schwebenden Verhandlungen auf empfindlichste Weise die polnischen Behörden sichern die Erfüllung dieses Verlangens zu, wenn Verfügungen gegen deutsche Hingezogen polnische Gebiet nicht mit Bomben beworfen werden und gewisse internierte und verhaftete Polen freigelassen und in Zukunft ihrer politischen und nationalen Betätigung wegen nicht interniert und verhaftet werden, sowie daß bestimmten anderen Persönlichkeiten die Fahrkarte nach Polen nicht verweigert würde.
In Budapest wird eine gegenrevolutionäre Verschwörung entdeckt und als deren Haupt Baron Baltasar Lang festgenommen. Es ergeht ein Haftbefehl gegen ihn.
Der Ausschuss der englischen Arbeiter behält sich weiter aus.
Die Reichsregierung wählt 500 Studenten an, die von Frontoffizieren geführt werden. Weiter genehmigt die Regierung, daß sich Offiziersbataillone bilden. Die Zahl der Regierungstruppen erhöht sich auf 70- bis 80 000 Mann.
Das gesamte, in Berlin weilende Offizierskorps verpflichtet sich ehrenwörtlich dem Kommandanten von Berlin Volksbeauftragten K. H. K.
Das Haupttelegraphen- und das Fernsprechamt gelangen wieder in die Hände der Regierung.
Im Herrenhaus tagt der Zentralrat mit den Obleuten des Spartakusbundes, die um Verhandlungen nachgesucht haben.
Der Leipziger Soldaten- und Arbeiter-Rat nimmt eine Entschlieung an, in der die Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands aufgefordert werden, die Beilegung der Regierung Ebert-Scheidemann zu fordern.
Der Kaiserliche Arbeiter- und Soldaten-Rat nimmt eine Entschlieung an, welche der Regierung Ebert-Scheidemann das Vertrauen anspricht und die energische Niederlegung der Berliner Putsch fordert.
Die spartakistischen Unruhen in Halle a. S., Dortmund, Duisburg und Düsseldorf dauern fort.
Dem General Ludendorff wird die Erlaubnis erteilt, von Schweden nach Deutschland zurückzukehren.
Kafel geht in polnische Hand über.
Der österreichische Staatsrat beschließt, als Wahltag für die österreichische Nationalversammlung den 15. Februar zu bestimmen.
Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird auf dem Friedenskonferenz durch den Präsidenten Wilson, den Obersten Howe, Lansing, White und General Bliss vertreten sein.
- Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung, dem Zentralrat und den revolutionären Obleuten scheitern, nachdem diese zwar die Freigabe der bürgerlichen Zeitungen, nicht aber die des „Vorwärts“ zugehanden hatten.
Von den Vertretern der linken Gruppen wird dem Zentralrat und der Regierung vorgeschlagen, dem Blutvergießen in Berlin dadurch ein Ende zu machen, daß drei Mitglieder der Regierung, und zwar Ebert, Scheidemann und Koster, zurücktreten und dafür zwei Unabhängige und ein Kommunist in das Kabinett intreten. Der Zentralrat lehnt diesen Vorschlag einstimmig ab.
In einer in den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Schwarzpulverwerke abgehaltenen Massenversammlung von 40 000 Arbeitern wird der Beschluß gefasst, eine Einigung zwischen den Arbeitern über die Verhandlungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Eine Abordnung begibt sich zur Regierung, um ihr den Wunsch der Arbeiterchaft vorzutragen.
Auf dem Bahnhof Leusich bei Leipzig treffen drei für Berlin bestimmte Militärtransporte ein, die von Leipziger Matrosen angehalten werden. Hierbei kommt es zu Kämpfen, die Tote und Verwundete fordern.
Die braunschweigische Regierung erhebt gegen die in Berlin getroffenen Maßnahmen zur Niederlegung der spartakistischen Unruhen Widerspruch. Rötigenfalls werde die braunschweigische Regierung mit allen verfügbaren Mitteln eingreifen, um die revolutionäre Arbeiterchaft zu unterdrücken.
In Düsseldorf dauern die spartakistischen Unruhen fort. Auch in Hamburg, München und Stuttgart entwideln sich neuerdings spartakistische Unruhen.
Der argentinische Ministerpräsident Saenz richtet folgendes Fernschreiben an die Reichsregierung:
Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überall hin zerrüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine

vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und einschließt ist, auf dem Boden der revolutionären Demokratie und Sozialismus bis zum Siege durchzuführen, erscheint einzige Rettung. Überall im Süden steigt der Hohn gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch zum Brudermord schreiten.

Der Wiener Staatsrat erhält die Mitteilung, daß in Wien mit Geld reichlich ausgekaufte bolschewistische Agenten am Werke sind und rege Tätigkeit vornehmlich unter den Arbeitslosen entfalten.

Auf den tschecho-slowakischen Ministerpräsident Kromarich wird von einem jungen Mann namens Stajaus ein Revolverangriff verübt. Der Ministerpräsident bleibt unverletzt.

Die französische Regierung bestimmt Clemenceau, Fichon, Tardieu und Jules Cambon zu Friedensunterhändlern. Doch wird als Generalkommissar der verbandeten Armeen an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

10. Auf dem Weltkongress, vor dem Gebäude der „Vorwärts“-Hauptredaktion, kommt es zu blutigen Ereignissen, verursacht durch eine Demonstration der kommunistischen roten Soldatenbundes. Es werden 12 Personen getötet und etwa 50 verletzt.

Die Straßenkämpfe in Berlin erreichen ihren Höhepunkt. Der Schlesiische Bahnhof wird nach kundenlangem Kampfe von den Regierungstruppen zurückerobert. Auch die Straße Unter den Linden gelangt in den Besitz der Regierungstruppen. Das Polizeipräsidium wird aber das Schloß hinweg beschossen. Im Zeitungsquartier finden schwere und lange Kämpfe statt.

Der Reichstag der U. S. V. Groß-Berlin richtet an den Senat der deutschen sozialistischen Republik den folgenden Aufruf:

Um die Fortsetzung des Bruderkampfes zu verhindern, ist der Zentralrat zu dem Versuche bereit, eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Er schlägt deshalb vor, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen. Er erklärt sich vor dem Eintreten in die Verhandlungen bereit, den „Vorwärts“ zu räumen, wenn die Verhandlungskommission der U. S. V. und der Schwarzkopff-Brüder von dem Zentralrat die Zusicherung erhält, daß die Verhandlungen in einem sozialistisch-verständlichen Geiste geführt, die Differenzpunkte einer paritätisch zusammengesetzten Kommission überwiesen werden und die endgültige Besetzung des Polizeipräsidiums nur im Einvernehmen mit der U. S. V. erfolgt.

Die Direktion der Reichsbank teilt mit, daß alle Platten für den Druck der Banknoten unversehrt geblieben sind. Auch die fertigen Banknoten selbst befinden sich unbeschädigt im Besitze der Druckereileitung.

Bremen ruft die unabhängige sozialistisch-kommunistische Republik aus. Es wird das Staatsrecht verhandelt und über das Gebiet der Republik der Belagerungszustand verhängt.

In Regensburg kommt es zu schweren Ausschreitungen der Spartakisten, in deren Verlauf Geschäfte und Bankhäuser geplündert und ausgeraubt werden.

Dem Landesauschuß des Soldatenrates Württemberg geht folgendes Schreiben des württembergischen Ministers des Innern und des Landesjustizars zu:

Die vorläufige Regierung Württembergs hat sich durch das Ausschreiben der beiden Mitglieder Cispian und Fischer seit dem 2. Januar 1919 als Kampfgewalt etabliert. Damit hat die Mehrheit der Regierung es und unmöglich gemacht, unser Mandat auszuüben. Wir legen unser Mandat in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück. Wir erwarten von ihnen, daß sie sich unverzüglich mit der Reorganisation der Regierung befassen. Stuttgart, den 10. Januar 1919. gez. Cispian, Fischer.

Franzensbad wird von tschechischen Truppen besetzt.

Als Bevollmächtigte der englischen Regierung zur Friedenskonferenz werden ernannt: Lloyd George, Bonar Law, Balfour und Barnes.

11. Im Laufe des Tages werden mehrere Führer der Spartakisten verhaftet, unter ihnen Ledebour, Levine, Dr. Ernst Meier, Zubeil und der älteste Sohn Liebknecht.

Der „Vorwärts“ wird morgens nach kurzem Kampfe von den Regierungstruppen zurückerobert.

Als Sympathiekundgebung für die in Berlin kämpfenden Spartakisten veranstalten die Leipziger Arbeiter einen einseitigen Massenstreik.

Die baltische vorläufige Volkregierung gibt bekannt, daß die baltische vorläufige Regierung und Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte beschließen haben, sofort die Grundlagen eines baltischen Volksheeres zu schaffen.

In Luxemburg wird die Republik ausgerufen. Die Großherzogin zieht sich in ein Schloß in der Umgebung der Stadt zurück.

12. Im Berliner Zeitungsquartier werden die Gebäude des russischen Telegraphischen Bureaus und des russischen sowie des ukrainischen Verlages von den Regierungstruppen erobert. Auch das Polizeipräsidium wird von ihnen besetzt.

Die drei der unabhängigen sozialistischen Partei angehörenden Minister Fischer, Geiger und Lipinski richten an den Volksbeauftragten Ebert ein Telegramm, in dem sie zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und zur Beilegung des Bruderkampfes energisch den sofortigen Eintritt in Verhandlungen fordern.

In Zwickau spielen sich blutige Kämpfe zwischen Spartakisten und Truppen der Zwickauer Garnison ab.

Die Verbändemächte teilen mit, daß die rechtsrheinischen Häfen und Landungspunkte von Verbändestruppen besetzt werden.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs zeigten folgendes Ergebnis: Stimmberechtigt waren 1316068 Wähler. Gültige Stimmen wurden abgegeben 1313326, ungültige 2740. Es entfielen auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 40622, Zentrum 273192, Bauernbund 75758, Bergarbeiterbund und kleine Landwirte 2525, Landwirte Oberschwaben 5743, Deutsche

Demokratische Partei 328555, Sozialdemokratische Partei Württembergs 452450, Deutsche Friedenspartei 4027, Württembergische Bürgerpartei 97726 Stimmen. Somit erhalten Abgeordnete die Unabhängigen Sozialdemokraten 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Bergarbeiter und kleine Landwirte 4, Deutsche Demokratische Partei 38, Sozialdemokratische Partei Württembergs 52, Württembergische Bürgerpartei 11.

Der erste Transport der nach dem Waffenstillstandsvertrag aus der Türkei ausgewiesenen trifft in Stärke von 600 Männern, Frauen und Kindern in München ein.

Gegenüber der Weidung des polen Obersten Hofrats, daß der Ausschluss Polens an die polnische Regierung proklamiert worden sei, betont der Reichstag zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, daß die Provinz Polen nach wie vor ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei, und daß mit Einverständnis der preussischen Regierung in Berlin der Oberpräsident der Provinz Schlesien bis zur endgültigen Regelung zugleich als Oberpräsident der Provinz Polen zu gelten habe sowie daß der Regierungspräsident von Breslau den Regierungsbefehl Polen mit verwalte.

Marshall Foch fordert die polnische Liquidationskommission durch das polnische Komitee in Spaa auf, die deutsche Regierung einzuladen, den deutschen Truppen volle Bewegungsfreiheit auf Wegen und Bahnen sowie Errichtung eines Schutzwalles gegen den fortschreitenden Bolschewismus in Polen und Litauen zu gewähren.

Der rumänische Staatsrat veröffentlicht ein Dekret, durch das die siebenbürgischen Gebiete Rumaniens endgültig Rumänien einverleibt werden.

Belgien ernannt zu seinen Vertretern bei den Friedensverhandlungen die Staatsminister Janssens und van der Selve und den früheren Gesandten am Vatikan van den Broek.

13. Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung läßt die deutsche Regierung in Spaa eine rote Note überreichen, nach der vom ersten Tage der Besetzung an die französische Regierung Elsass-Lothringen gegenüber sich nicht auf das ihr zustehende Recht beschränkt, sondern im ganzen Gebiete des Reichslandes einen politischen Ausrottungskampf gegen alles Deutsche eröffnet.

Der Vorsteher der deutschen Waffenstillstandskommission überreicht in Spaa eine Aufzeichnung über die Demobilisierung des deutschen Heeres.

Der Ausschuh der elssah-lothringischen Autonomisten erklärt eine neue Kundgebung, in der er erklärt, daß die französische Regierung sich irre, wenn sie glaubt, im Jahre 1919 über Elsass-Lothringen wie über eine fertige Sache verfügen zu können. Das elssah-lothringische Volk werde seine geschichtlich begründeten unveräußerlichen Rechte nimmermehr aus den Händen geben.

Mit Einbruch der Dunkelheit wird es im Berliner Zeitungsquartier wieder unruhig. In den Bodenräumen einiger Häuser sind noch immer Spartakisten verborgen, die nachts auf die Dächer steigen und von dort aus die Schutzwachen der Zeitungsgedäude beschließen.

Der luxemburger Arbeiter- und Soldatenrat ruft die sozialistische Republik aus.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremens beschließt mit 101 gegen 88 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Die luxemburgerische Regierung veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der sie erklärt:

Die revolutionäre Bewegung, welche die Aufrufung der Republik und den Sturz der Dynastie erstrebt, bedroht die nationale Ehre des Großherzogtums. Die Bekanntmachung wendet sich in einem dringenden Aufrufe an alle Bürger, die sie einleitet, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Gerechtigkeit beizutragen. Sie kündigt ferner die baldige Aufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Verbändemächten an, besonders mit Frankreich und Belgien.

Da die Großherzogin von Luxemburg beschließt, daß sie für die Verhandlungen ein Hindernis sein könne, erklärt sie sich bereit, auf den Thron zu verzichten und beauftragt die Regierung, für die erforderlichen Maßnahmen Bedacht zu sein, um die Unabhängigkeit des Landes und das Weiterbestehen der Dynastie zu verhängen.

14. Das Gesamtministerium erläßt eine neue Verfügung an das Direktorium der Ersten Ständekammer, in der die Gültigkeit der Eisenbahnfreifahrtskarten bis zum 1. Februar bestätigt wird. Da auch in dieser Verfügung wieder von der Beilegung der Kammer die Rede ist, so erhebt das Direktorium erneuten Einspruch gegen die ministerielle Verfügung.

Die deutsche Waffenstillstandskommission trifft zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Trier ein.

Der Oberste Kriegsrat der Verbändemächte beschließt, daß Deutschland dafür, daß die Verbändemächte es mit Lebensmitteln versehen, alle Handelschiffe in deutschen oder neutralen Häfen für den Transport von Vorräten abzugeben müsse ohne Rücksicht darauf, woher diese Transporte kommen oder für welche Länder sie bestimmt sind. Eine Besetzung deutscher Häfen wird nicht beabsichtigt.

In Berlin beginnt die planmäßige Entwaffnung der spartakistischen Bevölkerung. Es werden vor allem in Moabit große Mengen von Munition und Waffen gefunden.

In Erfurt setzen Spartakisten an.

Die braunschweigische Regierung fordert in einem Aufrufe zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf, die vom hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichen Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die Anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Korbhausen, durch preussisches Gebiet über die Göttinger Gegend bis zum südlichen Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichen Punkte des Kreises Holzminden und von dort weitergehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu verläuft. Als vorläufige Besetzung des neuen Gemeinwehens schlägt die braunschweigische Regierung eine Kantonalverfassung ähnlich der schweizerischen vor, worin

die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preussischen Staatsverbande ausscheidenden Gebiete als selbständige Kantone gelten.

In Bremen führen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrates über die Besetzung des Proletariats und die lebhafteste Erregung über die gerichtsweise in Aussicht gestellte völlige Entwaffnung der Garnison zu einer offenen Ablehnung des Soldatenrates und der Garnison und zur Verhaftung des Stadtkommandanten Gds, seines Stellvertreters und des Führers des Arbeiterwachbataillons.

Die Tschechen besetzen die Grenzen Bayerns. Der belgische Ministerrat beschließt, alle noch in Belgien wohnenden Deutschen auszuweisen.

Ernst Pascha und Djemal Pascha werden von einem Kriegsgericht als Delerenteur zur Degradation und einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Präsident Wilson richtet an den Kongress eine Botschaft, in der er zur Bewilligung von 100 Mill. Doll. für die Milderung der Hungersnot in Europa auffordert, indem er sagt, daß der im Westen weitergehende Bolschewismus nur durch die Lebensmittelschiffe, die der Schlüssel zur gesamten europäischen Lage und zum Friedensschlusse sei, zum Stehen gebracht werden könne. Das Repräsentantenhaus nimmt die Botschaft an.

15. Das Reichskabinett beschäftigt sich mit dem Verfassungsentwurf, welcher der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Nach diesem Entwurf soll sich das Reich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf sieben Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet werden.

Die Reichsregierung beschließt zwei Gegenentwürfe aus dem vorläufigen Steuerprogramm. Der erste betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919, der zweite eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1919 eingetreten ist.

In Trier beginnen die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Nachdem die Säuberung des Berliner Stadtteils Moabit von Spa fast beendet worden ist, wird das Stadtinnere von Regierungstruppen besetzt.

Die beiden Führer der Spartakusbewegung, Dr. Karl Liebknecht und Dr. Rosa Luxemburg, kommen aus Berlin. Liebknecht wird bei einem Fluchtversuch erschossen, Rosa Luxemburg wird von Gegnern gefangen.

Die Republik Luzern erklärt den hannoverischen Kreis Hadeln zu einem Teil der Republik und läßt ihn militärisch besetzen.

Der Bergbauverein Essen erhebt bei der Reichsregierung Einspruch gegen seine Besetzung mit Kontrollkommissionen durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Essen.

Delegierte der Arbeiter- und Soldatenräte der fünf nordwestdeutschen Kreise Hildesburg, Sondersburg, Löhndern, Kpenrade und Hadersleben nehmen eine Entschlüsselung an, in der die Reichsregierung ersucht wird, aufs schärfste den Anwesenheitsnachricht nationaler Kreise in Dänemark entgegenzutreten.

Der oberste polnische Hofrat in Posen teilt der Reichsregierung mit, daß er zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit die Leitung der Verwaltung der Provinz Polen übernommen und die kommunale Verwaltung des Amtes des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem Reichsanwalt v. Traumpzahn übertragen habe.

In Karlsruhe wird die baltische Nationalversammlung eröffnet.

Die Großherzogin von Luxemburg dankt zugunsten ihrer Schwester Charlotte ab. Diese leistet vor einer Abordnung der Kammer den Eid auf die Verfassung.

Die Friedenskonferenz beschließt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich Italien und Japan durch je fünf Delegationen vertreten sein sollen. Jede Delegation bildet ein uneinheits Ganzes.

Der Prophet.

Roman von Felix Neumann. (Fortsetzung zu Nr. 23.)

Der Oberlehrer schlüpfte wie ein Wiesel durch die Tür. Er war klein und mager, und wenn ihm nicht die goldene Brille vor den klug blinkenden Augen etwas Würdiges verliehen hätte, so wäre man nie auf den Gedanken gekommen, daß dieses quirlige Männchen täglich vier bis fünf Stunden lang rüstige Jungen in starrerem Juch hielt. O — man unterschätzte diesen Mann, wenn man ihn nur flüchtig sah und keine Gelegenheit fand, die Regsamkeit in dem schmucklosen Körper zu bewundern.

Herr Immenkamp drehte weit und fröhlich die Arme aus, als ob er Cornelius umhalsen wollte.

In Billigkeit war dies aber nur ein Zeichen seiner Freude, mit einem Manne zusammenzukommen, dessen Anschauungen sich mit den seinen deckten, und zu dem er mit unbegrenzter Verehrung aufblickte.

„Grüß Gott! Grüß Gott, lieber Herr Doktor!“ Doktor Willibald war in einiger Verlegenheit und suchte die Eigentümlichkeit der Umgebung zu entschuldigen.

„Grüß Gott!“ — Er reichte dem Gaste die Hand und schüttelte sie herzlich. „Verzeihen Sie, daß hier — daß hier — so wenig Ordnung ist, aber Sie wissen — großes Neinemachen. Die Frauen können nun einmal das Neinemachen nicht lassen.“

Der Oberlehrer lachte, als sein Blick auf dem Korsett hängen blieb, das gerade auf einer Stuhllehne ruhte.

„Aber ich bitte, ich bitte, ich sehe nichts. Wer so den Reichtum der Seele pflegt, wie Sie, mein lieber Herr Doktor, und wer so für unsere herrlichen Ideen kämpft, wie Sie es tun, der hat auch duldendes Verständnis für die kleinen Schwächen der Häuslichkeit. Wie wir uns bemühen, den Staub von Menschenherzen zu räumen und sie empfänglich für den Feiertag zu machen, so geht es den lieben Frauen mit unserem Hauskat. Kein Stänbchen darf da zu sehen sein.“

In des Oberlehrers Augen blitzten tausend kleine Kobolde.

Cornelius machte einen Stuhl frei und bot ihm Immenkamp an.

„Ich glaube, Sie wären mich in der Kasse aufsuchen, um machen Sie sich den besten Weg.“
Der Oberlehrer nahm nicht. „Oh — bitte, bitte, ich sehe, daß Sie angezogen sind, Sie wollten gewiß gerade zur Arbeitstätte, und da ich aus Erfahrung weiß, daß man Sie dort nie umgehört sprechen kann, sing ich Sie kurzerhand ab. Es handelt sich um eine wichtige Angelegenheit, die keinen Ausschub duldet. Ich bitte daher, wie Wagner Hausen, Sie Herr Doktor begleiten zu dürfen.“
Der kleine Herr breitete wieder begeistert die Arme aus: „Mit Euch, Herr Doktor, zu spazieren, ist ehrenvoll und bringt Gewinn...“

Nun mußte auch Cornelius lachen.
„Also gehen wir, lieber Freund, es wird mir ein Vergnügen sein, mit Ihnen ein halbes Stündchen zu verplaudern.“

Und die Herren schritten in den Herbsttag hinaus, der rein und golden über der Welt lag.

Oberlehrer Immenkamp legte Cornelius seine Wünsche auseinander. Nächste Woche hält der deutsch-völkische Verband eine Festigung ab. Nun bitte ich Sie im Namen des Vorstandes, uns einen kleinen Vortrag über Ihre Bestrebungen zu halten. Das Werk Ihrer edlen Menschenliebe wird in den Herzen unserer Anhänger einen starken Widerhall wecken. Ich glaube —“

Doktor Willibald legte die Linke auf die Schulter des kleinen Herrn, der zappig und vor Begeisterung aufgeregter neben ihm herging.
„O — o, welches Vertrauen, welch großes Vertrauen, das ich gar nicht verdiene.“

Oberlehrer Immenkamp blieb plötzlich stehen, vertrat Cornelius den Weg und hob sich auf die Fußspitzen.
„Bitte keine Ablehnung. Schon ist der Kreis Ihrer Anhänger, die für das wahre, deutsche Heim der Zukunft kämpfen, gewaltig gewachsen. Wie eine Saat im Frühlingstagen gehen Ihre Worte, Ihr Appell an die deutsche Nation zu löstlicher Mähte auf. Gerade in unserem Lande finden Sie Hunderte von Frauen und Männern, Jünglingen und Mädchen, die an Ihren Lippen hängen werden. Sie bauen auf den Trümmern des sittlichen Niederganges, den das moderne Leben mit sich brachte, den neuen Tempel edler Lebenskunst. Kommen Sie zu Gast bei uns, mit offenen Armen wird man den Apostel, der sein Volk zu wahrer innerer Seelengröße leiten will, empfangen. Lehren Sie bei uns ein, lassen Sie unseren Ruf nicht ungehört verhallen.“

Oberlehrer Immenkamp glühte ordentlich vor Erregung. Es war das erste Mal, daß der große Verband an Doktor Willibald mit diesem Ansuchen herantrat. Zwar pflegte auch er vieles, was im Lande für das neue deutsche Heim von seinem Gründer und Leiter zum Lehrjahre erhoben wurde, aber noch vor einem Jahre hatte man Doktor Willibald vorgezogen, zu tabital in seinen Forderungen vorzugehen.

Inzwischen war jedoch die Willibaldsche Gemeinde so schnell gewachsen, daß der völkische Verband es für notwendig erachtete, der jungen Bewegung mehr Würdigung zuteil werden zu lassen, wollte man nicht eines Tages als rückständig verachtet werden.

Cornelius blickte sinnend vor sich nieder. Die beiden Herren standen in einer menschenleeren Allee, wo sie niemand beobachtete.
„Wie ich mich freue, wie ich mich freue, lieber Freund, aber — ich bin mit Arbeit überhäuft, fast breche ich unter der Last zusammen.“

Cornelius Willibald war eine eigentümliche Natur. Auf der einen Seite zeigte er eine Stärke des Willens, die selbst seine Gegner — und er besaß zahlreiche — mit Staunen und Bewunderung erfüllte, woogen auf der anderen, Zweifel und Bedenken seine Kräfte beeinträchtigten. Im Laufe von wenigen Jahren hatte dieser geistreiche Mann, dem Gott zu aller Begabung noch eine gebietende Erscheinung und hinreichende Medelunst besaherte, eine Bewegung aus der Erde gestampft, die von Tag zu Tage weitere Kreise zog, die Anhänger immer fester ketzte, die Strömungen aber, die sich beengt und angegriffen fühlten, mit einiger Sorge erfüllte.

Doktor Willibald hatte bereits lange das Stadium überschritten, wo er nur der Herausgeber einer beachteten Zeitschrift war, die für edle Lebensführung kämpfte. Er war zu einem bekannten Volkredner geworden, zu dessen Vorträgen auch Hunderte eilten, die durchaus entgegengesetzter Meinung waren.

Und trotz dieser wachsenden Erfolge kämpfte Cornelius zuweilen mit den schwersten Gewissenszweifeln, ob ihm nicht ein eigenes Werk über den Kopf wachse. Diese Anfälle von Schwermut und grüblerischer Selbstzerfleischung packten ihn stets dann, wenn widerwärtige häusliche Szenen an seiner Seele nagten und ihm die Kleinlichkeit des Lebens in trasser Deutlichkeit vor Augen führten.

Aber keinem Schreibtisch hing der Spruch: „Was häßlich es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“ Und er änderte im Geiste diesen löstlichen Leitfaden im Hinblick auf sein Familienleben dahin ab, daß es ihm nichts nütze, zehntausende von Anhängern um sich zu scharen, die seinem Vorne folgten, wenn die, die seinem Herzen am nächsten standen, abtrünnig blieben.

So kam es, daß Doktor Willibald in seinem Gefühl wie auf räumerischer See auf- und niedergeworfen wurde.

Wald emporgeloben zur Höhe der Begeisterung und des unerschütterlichen Glaubens an das Gedeihen seines Werkes, wenn sein Schreibtisch überschwemmt war mit anerkennenden Briefen aus allen Volksschichten, oder wenn nach einem Vortrage Frauen, Mädchen und Jünglinge ihn rümeisch umringten und wohl gar in jugendlicher Begeisterung seine Hände küßten, denn so wie er verstand niemand die Herzen durch das Wort zu entflammen.

Wald aber auch wieder in die Tiefe geschleudert, wenn Frau Christine mit schneidender Stimme von gänzlicher Unfähigkeit sprach, eine nur vierköpfige Familie zu ernähren.

Cornelius Willibald war trotz allem in Herzen ein gläubiges Kind geblieben, das sich sein eigenes Paradies erträumte und bis in die Seele verwunden wurde, wenn das rohe, tappische Leben die bunten Pausteine in dem Augenblick durcheinander warf, da der glänzende Tempel bereits in seinen Umfassen sichtbar Holz in die Höhe krag.

Auch in diesem Augenblick traf die Aufforderung Immenkamps Cornelius unvorbereitet.

Die Szene mit Christine hatte sein Inneres aufgewühlt und ihn fleingläubig gemacht.
Neue Verpflichtungen, neue Arbeit zu der alten, wo diese noch nicht einmal vollendet war? Es dünkte ihm zu viel.

Der Oberlehrer ahnte diesen Kampf nicht, wohl aber sah er die Zweifel.
„Wir wissen, welche Arbeit im Dienste der Volksberechtigung Sie bereits leisten. — Inbes — wir Menschen sind selbstsüchtig und unter Egoismus ist noch nicht einmal der schlimmste. Sie Gottbegnadeter brauchen sich ja nicht vorzubereiten. Sprechen Sie frei, verehrter Herr Doktor, wie Ihnen der Geist die Worte in den Mund legt, und wir werden um so gespannter an Ihren Lippen hängen.“

Die Herbstluft mit ihrer löstlichen Frische beruhigte Doktor Willibalds aufgewühltes Innere. Er strich sich mit der Hand über die Stirn und lästete den großen, schwarzen Schlapphut.

Sie überschauen mich, mein Freund, und worüber soll ich reden? Sie müßten mir doch schon einen bestimmten Gegenstand vorschreiben, sonst verliere ich mich leicht in jene Gefilde, wohin mir bisher — ach so viele noch nicht folgen wollten!“

Wit Freude sah der kleine Oberlehrer, wie er allmählich den Widerstand besiegte.
„Sprechen Sie über das „Deutsche Heim“. So wie es jetzt ist, und — wie es sich in Zukunft gestalten soll: eine Stätte geläuteter Lebensart, ein tiefes seelisches Ineinandergerissen der Familienmitglieder, eine Pflanzschule gegenseitiger Rücksicht und Aufopferung.“

Cornelius blickte sein Gegenüber erkannt an: „Sie sprechen ja, als ob ich selbst —“

„Ja — a, Sie wissen wohl noch immer nicht, welch begeistert Anhänger Sie in mir besitzen? Ich lerne Ihre Aufsätze fast auswendig. Und sehen Sie, lieber Doktor, in welche Lage bringen Sie mich, wenn ich im Vorstand erscheine und berichte, daß ich mir einen Lorh geholt habe. Nein, nein, das werden Sie nicht fertig bekommen. Und wollen Sie denn wirklich die Gelegenheit vorübergehen lassen, Neuland zu erobern? Aber darüber sprechen wir später. Eilen Sie, in fünf Minuten müssen wir am Bahnhof sein, sonst bekommen wir diesen Zug auch nicht mehr.“

Hastig schritten sie voran.
Doktor Willibalds Entschluß war gefaßt. Das Wort „Neuland“ hatte es ihm angetan. Er sah sich inmitten der großen Versammlung des deutsch-völkischen Vereins; er würde seine eigene Sache vertreten, wenn er die Gelegenheit nicht wahrnähme, in diesen Kreisen festen Fuß zu fassen. Alle Bedenken fielen plötzlich, wie durch Zauberhand gelöst, von ihm ab. Er richtete seine staltliche Gestalt empor und sagte:

„Wo und wann ist die Veranstaltung?“
„Am nächsten Samstag im Kaiserfaal.“
„Also — noch zehn Tage. Nun — ich werde es versuchen, wenn ich auch gesehen muß, daß mir oft der Kopf so voll von Plänen und Wünschen ist, daß er kaum mehr zu fassen vermag.“

Sie sahen im Abteil allein. Oberlehrer Immenkamp hätte das Sinn auf den Spazierfaal.
„Wer so edlen, fernem Zielen nachstrebt und einsam als Großer seine Straße wandert, abseits des Weges, den die Herde der Durchschnittsmenschen geht, der findet gewiß auch Steine am Rain. Vor dem Erfolg hat Gott den Schwelch gelegt, lieber Herr Doktor Willibald, und wie reich hat er Sie gesegnet. Oh — ich wollte, ich stände an Ihrer Stelle. Ich könnte wirken daheim und draußen, wie Sie es tun.“

Der kleine Herr blickte aus dem Fenster in die gelbe Herbstpracht.
„Gewiß, auch ich als Lehrer habe ein schönes Ackerland, um es zu bestellen, aber mir sind doch überall durch Vorkirchens Grenzen gezogen.“

Aber das heitere, luge Antlitz glitt ein leichter Schatten.
„Ich gebe ja gern zu, daß ich zufrieden und glücklich in meinem Berufe bin, aber wenn man Sie wirken sieht von hoher Warte...“

Ein schmerzliches Lächeln begleitete die letzten Worte: „Ja, da kriecht man unwillkürlich in sich zusammen und wird ganz klein.“

Man war am Ziel.
Die Stille des vornehmen Villenvorortes wurde abgelöst durch das Tosen des Großstadtbahnhofs.
Cornelius stieg aus und wandte sich an seinen Begleiter.

„Sie sehen das wohl alles doch ein wenig zu sonnig. Die Blüten des Erfolges, die ich breche, haben besonders scharfe Dornen. Sie rühen nicht nur die Hand, die sie pflückt, sie verwunden auch das Herz. Aber schweigen wir davon. Auf jeden Fall danke ich Ihnen und Ihren Auftragegebern.“

„Ich nehme also eine bestimmte Zusage mit heim?“
„Ich komme!“

Die Herren schüttelten sich herzlich die Hand.
„Und wenn es mir gelingt, unsere Gedanken vom reinen, sittlich starken Volke in junge Herzen zu verpflanzen, so soll mir das ein löstlicher Lohn für mein Mühen sein.“

Cornelius ging nach dem Bureau seiner Zeitschrift, während Oberlehrer Immenkamp zur letzten Unterrichtsstunde eilte.
(Fortsetzung folgt.)

Wissenschaft und Kunst.

Aus den Dresdner Kunstzählen.

14.

Die Galerie Ernst Arnold verankaltet gegenwärtig in ihren Räumen eine Ausstellung der Veröffentlichungen der Marées-Gesellschaft. Jeder, der den Künstler gewogen ist, hat diesen Namen schon einmal nennen hören und hat, wenn er sich mit dem Schaffen von Hans v. Marées schon vertraut gemacht hat, insgeheim den Wunsch geäußert, der Gesellschaft, die Marées Namen trägt und seine künstlerische Unterlassenschaft pflegt, als Mitglied anzugehören. Es ist eine ertümliche Vorstellung, wenn er hierbei der Meinung ist, er müße Mitglied einer Vereinerung werden, die ihre Aufgaben und Ziele durch Erwerbungen und das sonst übliche Tun und Laffen von Vereinerungen festlegt. Er ist vielmehr in dem Augenblicke Mitglied der Gesellschaft, in

dem er die Verbindung zwischen sich und der Tätigkeit der Marées-Gesellschaft herstellt, d. h. also, die Mitgliedschaft zu dieser Gesellschaft ergibt sich für ihn ohne weiteres, wenn der Name von Hans v. Marées ihm als der Name eines Mannes gilt, der den Künsten mit höchster Verfassung diene. Und er fördert die Ziele der Gesellschaft, die den Namen dieses großen Meisters trägt, wenn er als Kunstfreund die Werke erwirbt, welche die Marées-Gesellschaft veröffentlicht und als selbstschaffender Künstler zu ihnen beiträgt oder wenigstens ihre hohe Echtheit erkant.

Die Marées-Gesellschaft hat sich drei Aufgaben gestellt. Erstens die Werke bedeutender Künstler — nicht nur diejenigen von Hans v. Marées — zu vervielfältigen. Zweitens Originaldrucke lebender Künstler herauszugeben. Und endlich illustrierte Bücher zu schaffen. Aus keiner dieser Aufgaben erwartet sie, die unter der Leitung Julius Meier-Graefes steht, Gewinn für sich, sondern nur für die deutsche Kultur, die auch in dieser Zeit des Niederganges Deutschlands in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung die Kultur bleibt und bleiben muß, die den Geist der gesamten Kulturwelt bestimmt. Für den Ernst, mit dem die Marées-Gesellschaft ihre Arbeit im Dienste künstlerischer Kultur betrachtet, mag der Umstand sprechen, daß sie nur solche Werke der Malerei und Zeichnung vervielfältigt, deren Wert und Bekanntheit eine Wiedergabe unmöglich, die den Eindruck des Originals nicht um Vieles schwächt oder sogar fällt. „Da hierfür“, so betont sie weiter, „als erste Bedingung die Originalgröße gilt, so kommen nur Zeichnungen und kleinere Malereien auf Papier in Wasser- und Eosinfarben in Betracht.“ Das bedeutet eine eminente Erhöhung der Wirkung einer Vervielfältigung, denn es ist sehr wesentlich für deren Eindruck, daß man sie erstens in ihrer Originalgröße und zweitens in der Technik des Originals betrachten kann. Es ist berechtigt und für die Sorgfalt, welche die Marées-Gesellschaft auswendet, um originalnahe Vervielfältigungen zu erzielen, daß sie für bestimmte Wiedergaben die alten Originalpapiere benutzt hat oder daß sie für die Wiedergabe einfarbiger Mittel- und Zeichnungen (z. B. der Arbeiten von Hans v. Marées) nicht, wie es Brauch ist, eine oder zwei, sondern fünf bis sieben Platten verwendet.

Die Ausstellung der Veröffentlichungen der Marées-Gesellschaft umschließt alle bisherigen Erscheinungen des großartigen Unternehmens. Es ist an erster Stelle die herrliche Marées-Mappe (3. Druck) zu nennen, die dreißig Jährlingstafeln nach Hauptworten des Meisters mit erläuternden Betrachtungen von Wilhelm Laufenstein, Rudolf Kannow, Walter Riegl und Julius Meier-Graefe umschließt. Weiter erschien (als 1. Druck) eine Ausgabe von Goethes Clavigo mit neun farbigen Illustrationen von G. v. Sedendorf, eine Götzenmappe (2. Druck) mit zehn Jährlingstafeln nach Hauptworten des Meisters (mit Vorrede von Julius Meier-Graefe), eine Mappe (3. Druck) mit zweiundzwanzig Originaldrucken (Radierungen, Stein- und Holzschneitten) verschiedener deutscher Künstler zu Shakespeareschen Tichtungen (mit Vorrede von Gerhard Hauptmann), eine Skizzenmappe (4. Druck) mit siebenzig skizmierten Zeichnungen französischer Meister des 19. Jahrhunderts (erläuternder Text von Julius Meier-Graefe), eine Ausgabe (5. Druck) von Dostojewskis Erzählung „Eine dumme Geschichte“ mit Originalskizzen von Rudolf Grohmann, eine Ausgabe der Amores des Ovid mit radierten Arabesken von André Lambert (6. Druck), eine Ausgabe der Legende von St. Julian dem Gastfreundlichen von Gustave Flaubert mit Holzschnitten von Max Ernst (7. Druck), eine Ausgabe des Herbarium von Karl v. Sauer mit zwanzig Originalradierungen von Rudolf Grohmann (8. Druck) und endlich eine Panmix-Mappe (10. Druck) mit fünfzehn skizmierten Arabesken des Meisters (Text von Wilhelm Kannow). Und weiter sieht man eine große Anzahl von Probedrucken für künftige Erscheinungen der Marées-Gesellschaft, unter denen sich eine Ausgabe des Schlegelischen Romans „Lucinde“, eine Deutsche Skizzenmappe (mit siebenzig skizmierten Arabesken und Zeichnungen deutscher Meister von Chodowicki bis zur Gegenwart), Arbeiten von Adolph Menzel, Louis Corinthe, Delacroix u. a. befinden.

Es ist eine Stunde hohen künstlerischen Genusses, die das Durchwandern dieser Ausstellung bereitet, und man braucht es nicht zu bereuen, wenn diese Wanderung mit dem Vorlage endet, Mitglied der Marées-Gesellschaft und damit Mitglied einer Vereinerung zu werden, deren Aufgabe es ist, aus dem Erbe der Künste das Gute und Beste zum Lichte zu heben und der Welt zu vermitteln.

Aus Sachsen.

Wie müssen die Stimmzettel für die Volkskammerwahlen aussehen?

(M. J.) Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 x 12 cm groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein. Es ist aber nicht erforderlich und durchaus nicht wünschenswert, daß so viel Namen auf den Stimmzettel geschrieben werden, als Abgeordnete zu wählen sind, daß also der ganze Wahlvorschlag abgeschrieben wird, vielmehr genügen auch wenige Namen, ja sogar ein einziger. Denn auch durch einen Namen, den man auf den Stimmzettel schreibt, wird erkennbar, für welchen Wahlvorschlag man stimmt, und darauf allein kommt es an. Ungültig sind die Stimmzettel, sobald Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen darauf stehen oder nur solche, die in keinem Wahlvorschlag vorkommen; das heißt, wenn ein bestimmter Wahlvorschlag nicht durch den Namen des Wählers entziffert werden kann. Es wird darauf gewarnt, durch einen Zusatz etwa die Partei zu bezeichnen, welcher der Stimmzettel ungeschmet werden soll, weil eine solche Bezeichnung viele von der Wahlprüfungskommission als ein unzulässiges Kennzeichen angesehen werden und daher zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen könnte. Am besten beschränkt sich der Wähler darauf, den ersten oder einige wenige Namen



eines bestimmten Wahlvorschlages ohne jeden Zusatz auf seinen Stimmzettel zu schreiben. Wenn vorgebrachte Stimmzettel der Parteien sämtliche Namen der Vorschlagsliste enthalten, so ist die Gefahr unehrlicher Nachschichten größer, als wenn der gedruckte Stimmzettel wenig Namen enthält. Es können z. B. von böswilligen Gegnern Stimmzettel verteilt werden, die mit einem Wahlvorschlages gleichlautend beginnen, unter den vielen Namen aber einen Namen aus einem anderen Wahlvorschlages enthalten. Das kann von dem Wähler leicht übersehen werden, bei der Nachprüfung der Stimmzettel aber deren Ungültigkeit zur Folge haben. Diese Gefahr ist bei den Wahlkommissionen noch wesentlich größer als bei den Wählern zur Nationalversammlung, weil in dem einzelnen Wahlkreis für die Volkssammer bedeutend mehr Kandidaten zu wählen sind als für die Nationalversammlung. Infolgedessen ist es viel schwieriger zu übersehen, ob aus einem vorgebrachten Stimmzettel unter den vielen richtigen Namen ein falscher Name aus einem anderen Wahlvorschlages enthalten ist. Außerdem ist die Ermittlung der Wahlergebnisse bei den Volkssammern viel umständlicher und zeitaufwendender, wenn die Stimmzettel die Namen sämtlicher Kandidaten der Vorschlagsliste enthalten, weil nach den gesetzlichen Vorschriften vom Wahlvorsteher jeder Stimmzettel vorgelesen werden muß. Werden trotzdem vorgebrachte Stimmzettel benutzt, welche die Namen sämtlicher Kandidaten der Vorschlagsliste enthalten, so wird den Wählern dringend empfohlen, sämtliche Namen mit Ausnahme eines einzigen — am besten des ersten — zu durchstreichen. Das ist ohne weiteres zulässig und berührt die Gültigkeit des Stimmzettels nicht; andererseits wird aber die gefürchtete Gefahr böswilliger Nachschichten verhindert und dem Wahlvorsteher die Arbeit wesentlich erleichtert, da er dann nur den einen nicht durchgestrichenen Namen vorzulesen braucht.

Die Versorgung mit Fischen.

Der Reichskommissar für Fischversorgung macht bekannt: Die Verwirklichung der ausständischen Fische, Schell- und Karpentiere ist seit dem 1. Januar 1919 von der Reichs-Einfuhrverwaltung m. b. H. auf die Reichsfischereiverwaltung G. m. b. H. übergegangen. Die staatliche Verwaltung dieser Waren muß ein strengen aufrechterhalten bleiben. Jedoch wird beabsichtigt, das Einfuhrgeschäft dem Einfuhrhändler zu übertragen, der sich zu diesem Zweck zu Einfuhrkrediten zusammenzuschließen hat. Den deutschen Handelskammern sind die Bedingungen für die Ausnahme in die zu bildenden Syndikate zugestellt worden mit der Bitte, sie den einschlägigen Handelskammern ihres Bezirks zugehen zu lassen. Die deutschen Einfuhrfirmen, die für eine Beteiligung an den Syndikaten für die Einfuhr von Schellfischen, Karpentieren, Stöckfischen, Ostfischen und sonstigen Fischkonserven in Betracht kommen, wollen sich zunächst mit ihrer Handelskammer in Verbindung setzen und sich spätestens bis zum 20. Februar bei der Reichsfischereiverwaltung G. m. b. H. Abteilung C, Berlin W 8, Schenckstraße 2 melden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Künstliche Düngemittel.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsamtes für wirtschaftliche Tenobilung ist mit Wirkung vom 21. Dezember 1918 zu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (Reichs-Gesetzbl.) folgendes angeordnet worden: I. Die geweremäßige Herstellung von Mischungen aus 1. Schwefelsäure, Ammoniak und Superphosphat, 2. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat, 3. Schwefelsäure, Ammoniak und Superphosphat und Kali, 4. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat und Kali wird mit der Maßgabe gestattet, daß die fertige Mischung mindestens 4 v. H. wasserlöslicher Phosphorsäure und höchstens 4 v. H. Kali (K₂O) enthält. II. Die geweremäßige Herstellung dieser Mischungen ist nur denen gestattet, die sie schon vor dem 1. August 1914 geweremäßig hergestellt haben. III. Der Preis der Mischungen berechnet sich nach dem Höchstpreis für Stickstoff und Phosphorsäure. Der Kalipreis darf 30 Pf. für das Kilo Kali (K₂O) nicht übersteigen. Als Höchstpreis dürfen außer dem Höchstpreis 2,20 M. für 100 kg berechnet werden.

* Der Güterverkehr nach dem besetzten linksrheinischen Gebiete einschließlich des Gebietes der Brückendörfer Köln, Coblenz, Mainz und Straßburg ist neu geregelt worden. An Stelle der bisher beseitigten Bestimmungen treten die nachstehenden: Zugelassen sind nach dem besetzten linksrheinischen Gebiet — auschl. Elsaß-Lothringen und Luxemburg — und nach dem Gebiet innerhalb der Brückendörfer 1. ohne besondere Genehmigung: a) Lebensmittel einschl. Getreide, Hopfen, Spirit, Schlachtvieh, Hänen zur Lederfabrikation und zum Trodnen, Futtermittel, Saatgut, Tabak und Tabakfabrikate, Apothekerverfahren, Zeitungspapier; b) Rohstoffe, die für die Industrie unentbehrlich sind, einchl. Brennstoffe aller Art; c) sämtliche handverarbeitete Artikel, welche die Industrie benötigt; sie dürfen nur an Industrielle, nicht an Händlervorkäufer, verhandelt werden; d) Bücher, Zeit- und Fachschriften in das von britischen Truppen besetzte Gebiet. Die Frachtbriefe müssen die eidesstattliche, von der Handelskammer beglaubigte Erklärung des Absenders tragen, daß der Inhalt mit den Angaben im Frachtbriefe übereinstimmt. Die Empfangsadresse hat zu lauten: An Versorgungsabteilung Köln für N. N. (Empfangsfirmen oder Empfangsbedienten). Außerdem sind an den Frachtstädten besondere Festscheitel mit folgendem Vorwort anzubringen: „Von der britischen Militärbehörde zugelassene Frachtschriften“. Als Empfangsstationen kommen nur die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Bahnhöfe in Frage, e) keine Güter für die Holzindustrie, Eisenbahnmaterial, 2. mit besonderer Genehmigung: die unter 1. nicht genannten Erzeugnisse, die für das wirtschaftliche Leben des besetzten Gebietes als unentbehrlich angesehen werden. Die Antidote sind in vierfacher Ausfertigung nach nachfolgendem Muster an die Wirtschaftsabteilung der Armee der Besatzung zu richten. Sie sind zweckmäßig durch die Empfangsstationen zu versenden. Die Versandgenehmigungen werden in Form grüner Zettel erteilt, die von der betr.

Empfangsstationenverwaltung dem Empfänger zugehellt werden und von der Verwaltung mit den Begleitpapieren zu versenden sind. Nach Elsaß-Lothringen und Luxemburg sind ohne besondere Genehmigung nur Kohlen, Stroh und alle Sendungen an Bergwerke zugelassen.

1. Name und Adresse des Absenders.
2. Bezeichnung der Ware.
3. Anzahl der Stücke und ungefähres Gewicht.
4. Aufgabebahnhof.
5. Empfangsbahnhof.
6. Entscheidung der Abteilung oder des Komitees* (nennschicht oder abgelehnt).
7. Tag dieser Entscheidung*.
8. Nummer der Eintragung dieser Entscheidung*.
- *) Auszufüllen von der Wirtschaftsabteilung oder dem Wirtschaftskomitee.

Volkswirtschaftliches.

h. Späterlegung der Leipziger Kaufwaren-Obermesse. Der Verband deutscher Kaufmannschaften hat mit Zustimmung des Rates der Stadt Leipzig beschlossen, den Beginn der diesjährigen Kaufwaren-Obermesse vom 27. April auf den 4. Mai zu verschieben.

h. Industrie-Werte, Aktiengesellschaft in Wien. Die Hauptversammlung genehmigte einstimmig das vorliegende Rechnungsergebnis, erteilte den Verwaltungsratsmitgliedern Entlassung und setzte den Gewinnanteil auf 12 1/2 % fest.

Kirchennachrichten.

für den vierten Sonntag nach Epiphania, den 2. Februar 1919, und die folgenden Wochentage.

A. Evangelisch-lutherische Landeskirche.
 Texte. Rom. 4, 16-20. Abend: Matth. 8, 23-27.
 Evang. Joh. 1, 1-9. 1. Sonntag: 1. u. 10. G. Ostprez. Lio. Dr. Siebel. 1/12: P. Krüger. 6 G.: Oberl. 2. d. d. v. — 11. 6. Rotbest. u. Am. Oberhofpred. Dr. D. Defina. — Fr. vorm. 1/10: Oberhofpred. u. beide Hofpred. öffentl. B.-Komm. — Kreuz-R. 1/9 Am. Sup. Dr. Köpcke. 1/10: G. u. Am. — P. Dr. Leonhard. 1/12 Rindberg, 6 G.: P. Lie. Schuster. — Di. 1/8 Unterred. im G. meindehalle (Gleichheit vom Turmbau und ungerichtetem Wetter). Sup. Dr. Köpcke. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Frauen-R. 1/10 P. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10 Am: P. Krüger. — Fr. 7 im G. m. S. P. Lie. Schuster. — Garnison-R. 1/10 G. u. Am. 1/12 Rindberg: Sup. Reimer. 1/3 T. 6 G.: P. Stehn. — Mi. 8 im G. m. S. G. Meißner. 4. Bibelst. Sup. Reimer. — Fr. 10 B.-Komm. i. d. Saal: Sup. Reimer. — Trinitatis-R. 1/10 G. u. Am. P. Dr. Köpcke. 10 u. 1/12 Rindberg im G. m. S. G. Meißner. — Do. 10